



16. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Stenografischer Bericht (ohne Beschlussprotokoll)

– öffentliche Anhörung –

75. Sitzung des Innenausschusses

23. Mai 2007, 14.04 bis 16.15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender Abg. Horst Klee (CDU)

CDU

Abg. Holger Bellino
Abg. Peter Beuth
Abg. Klaus Dietz
Abg. Hans-Jürgen Irmer
Abg. Klaus Peter Möller
Abg. Helmut Peuser
Abg. Claudia Ravensburg
Abg. Rafael Reißer
Abg. Birgit Zeimetz-Lorz

SPD

Abg. Nancy Faeser
Abg. Karin Hartmann
Abg. Brigitte Hofmeyer
Abg. Günter Rudolph
Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel
Abg. Michael Siebel
Abg. Sabine Waschke

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

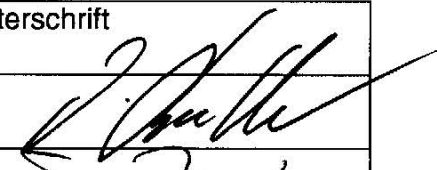


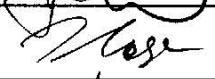
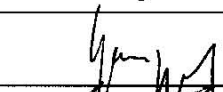
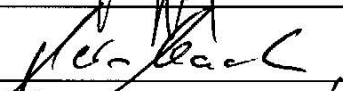
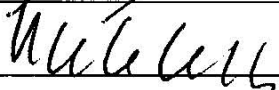
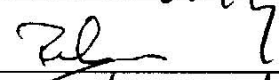
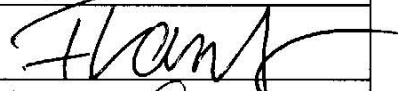
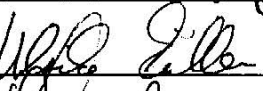


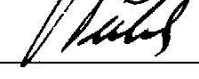
Abg. Sigrid Erfurth
Abg. Jürgen Frömmrich

FDP

Abg. Jörg-Uwe Hahn
Abg. Ruth Wagner (Darmstadt)

FraktAssin Dr. Katja Fennel (Fraktion der CDU)
 FraktAssin Daniela Engelhardt (Fraktion der CDU)
 FraktAss Ralf Sturm (Fraktion der SPD)
 FraktAssin Ulrike Gauderer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 FraktAss Dr. Michael Bruder (Fraktion der FDP)

Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutzbeauftragter:

Name in Druckbuchstaben	Amtsbe- zeichnung	Ministerium, Behörde	Unterschrift
Bouffier	M	MedIS	
Dr. Bärlein	RD	MedIS	
Hefner	LWP	"	
Klose	PHK	"	
Hannappel	MDM-	"	
Lelmbach	RD	MedIS	
MELBING	HKK	HMedIS	
Rehm	OPR	STR	
Falko Franz	TD	HKM	
Müller	PR'im	HDSB	
Dembowski	RDig	HDSB	
Mind	LWP	HMedIS	
Nedela	LPP	HMedIS	

Anzuhörende:

Prof. Dr. Peter Henkenborg	Philipps-Universität Marburg
Dr. Alexandra Kurth	Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft
Direktor Artur Hertwig	Bundesamt für Verfassungsschutz
Direktor Dr. Alexander Eisvogel	Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz
Wilfried Rexroth	Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus (IKARus) im LKA Hessen
Christopher Vogel	MBT – Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus für demokratische Kultur e. V.
Anja Willmann	Netzwerk für Demokratie und Courage e. V., Landesnetzstelle Hessen

Protokollierung: Wolfgang Theberath

Öffentliche Anhörung

zu dem

Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen – Drucks. 16/6708 –

hierzu:

Stellungnahmen der Anzuhörenden
– Ausschussvorlage INA/16/67 –
Teil 1, 2, 3, 4

(Teil 1 und 2 verteilt am 03.05.07, Teil 3 am 08.05.07, Teil 4 am 09.05.07 an Mitgl. INA, Mdl, RH und Fraktionen)

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 75. Sitzung des Innenausschusses des Hessischen Landtags. Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße zur öffentlichen Anhörung besonders die Anzuhörenden.

Ich darf dann bekannt geben, dass Praktikantinnen und Praktikanten der Landtagsfraktionen und des Landtags bei uns sind, die logischerweise an der gesamten Sitzung teilnehmen dürfen.

Ich begrüße ferner den hessischen Innenminister sowie die Vertreter aus den Ministerien und begrüße in unserer Mitte die Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, Frau Ruth Wagner. Das ist eine seltene Ehre für uns.

Wir wollen so verfahren, dass wir zunächst die Wissenschaft zu Wort kommen lassen. Nach dem Motto „Ladies first“ darf ich zunächst Frau Dr. Alexandra Kurth von der Justus-Liebig-Universität Gießen bitten, ihr Statement abzugeben. Ich darf alle Anzuhörenden bitten, dass hier nicht die schriftliche Stellungnahme vorgetragen wird, sondern dass das, was über den Rahmen hinausgeht und noch besonders wichtig ist, in den Mittelpunkt gerückt wird und dass sich das jeweilige Statement in dem Zeitbudget zwischen fünf und zehn Minuten bewegt. Sie haben das Wort, bitte schön.

Frau Dr. Kurth: Wenn es um die frühzeitige Bekämpfung von rechtsextremistischen Tendenzen bei Jugendlichen geht, wird in der Regel nicht von den Universitäten gesprochen. Auch in dem Antrag, der hier zur Diskussion steht, werden die Hochschulen nicht explizit erwähnt, obgleich rechtsextreme Studierende als künftige Multiplikatoren oder Funktionäre rechtsextremer Parteien und Organisationen meines Erachtens eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, wenn es um die Problematik der Gefahr für Freiheit und Demokratie geht.

Ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme auf den aus meiner Sicht bedenklichen Sachverhalt verwiesen, dass auch in Hessen immer wieder akademische Burschenschaften aufgrund rechtsextremer Affinitäten und Aktivitäten in die Schlagzeilen geraten. Hierzu gehören die Unterzeichnung rechtsextremer Aufrufe und die Verteilung entsprechender Flugblätter ebenso wie die Organisation von Vorträgen mit rechtsextremen Referenten, die Ausrichtung entsprechender Konzerte sowie das Engagement in rechtsextremen Parteien.

Besonders brisant ist nach wie vor das Engagement für die NPD. Die Schlagzeilen, als die Mitgliedschaft dreier NPD-Aktivistinnen im Hessischen Landtag in der Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia öffentlich wurde, sind Ihnen sicher noch in Erinnerung. Das war Anfang 2005.

In diesem Zusammenhang haben insbesondere die Äußerungen des NPD-Abgeordneten und Gießener Burschenschafters Jürgen W. Gansel im sächsischen Landtag anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens meines Erachtens geradezu idealtypisch gezeigt, wie die Erzeugung von kultureller Hegemonie, einer der Strategien der sogenannten neuen Rechten, funktioniert. Das heißt: Die extreme Rechte knüpft zunehmend zum einen an die Diskurse der gesellschaftlichen Mitte an, und gleichzeitig gelingt es ihr bisweilen, diesen Diskurs zu dominieren, indem dann quasi die Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien sich zu Wort melden und auf diese Art und Weise in diesem Fall das Stichwort vom „Bombenholocaust“ weitertransportieren.

Unter anderem liegt das daran, dass es eine personelle Erneuerung der NPD gegeben hat. In einer Broschüre des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz wird darauf verwiesen, dass die Erfolge in Bezug auf die Intellektualisierungsbemühungen darauf zurückzuführen seien, dass es einer jüngeren Generation, akademisch gebildet, gelungen sei, innerhalb der Partei Fuß zu fassen.

Ich muss an dieser Stelle ergänzen, dass die politische Sozialisation dieser neuen, relativ erfolgreichen Funktionäre häufig in einer DB-Burschenschaft stattgefunden hat, das heißt in einer der etwa 110 Burschenschaften, die Mitglied im Dachverband Deutsche Burschenschaft sind. Die Deutsche Burschenschaft ist mit ihren etwa 15.000 Mitgliedern, darunter etwa 2.000 Studenten, ein Sammelbecken für die demokratische wie die antidemokratische politische Rechte, und darin liegt ein weiteres Problem.

Es existiert beispielsweise ein „Arbeitskreis Nationalisten“ in der Deutschen Burschenschaft innerhalb des Nationaldemokratischen Hochschulbundes. Das ist die Hochschulorganisation der NPD. Dieser macht damit Werbung, dass in nahezu jeder bundesdeutschen und österreichischen Hochschulstadt mindestens eine Burschenschaft ansässig sei, die ihren Mitgliedern Alternativen zum BRD-System und dessen furchtbaren Auswirkungen in der Universitätslandschaft bieten könne.

Einerseits wird also seitens des NHB das studierende eigene NPD-Klientel dazu aufgerufen, in eine Burschenschaft einzutreten; andererseits werben aber auch immer wieder einzelne Burschenschaften in einschlägigen Publikationsorganen der extremen Rechten.

Ich will Ihnen an einem Beispiel die Reaktion auf den Brief eines angehenden Studenten zeigen, der mit Bezugnahme auf die entsprechende Anzeige, die in der NPD-

Parteizeitung „Deutsche Stimme“ geschaltet war, einen Brief geschrieben und gefragt hat: „Ich möchte in Marburg Jura studieren. An welche Burschenschaft kann ich mich wenden?“ Die Antwort, die er erhält, kommt von der Burschenschaft Rheinfranken Marburg. Ihm schreibt der Fuxmajor der entsprechenden Burschenschaft einen Brief, in dem er darauf hinweist, dass der NPD-Funktionär Jürgen W. Gansel seine Adresse weitergegeben hat. In dem Schreiben heißt es weiterhin:

Eine Burschenschaft ist im Unterschied zu anderen Studentenverbindungen politisch engagiert. Wir veranstalten große Vortragsveranstaltungen, unter anderem Horst Mahler, Rigolf Hennig, Karlheinz Weißmann, Diskussionsabende, nehmen an Demonstrationen teil, zum Beispiel gegen die Wehrmachtsausstellung, oder geben zu aktuellen politischen Themen Flugblätter heraus. Unsere politische Ausrichtung, die überparteilich ist, wäre wohl mit dem Begriff „deutschnational“ am besten beschrieben. Unsere Burschenschaft zählt mit einer Activitas von ca. 35 zu den größten in Marburg, und wir suchen Leute wie dich, die sich bei uns engagieren möchten.

Hier wird also seitens des damaligen Fuxmajors der Rheinfranken, Ralf Frevel, der den Brief im Namen seiner Burschenschaft verfasst hat, formuliert, man suche Leute wie den Briefeschreiber, also solche, die über eine NHB-Werbeanzeige in der NPD-Zeitung ihr Interesse an der Burschenschaft bekunden.

Noch ungeheuerlicher wird dieser an und für sich schon unglaubliche Vorgang, wenn man bedenkt, dass besagter Ralf Frevel nicht etwa Mitglied der NPD ist, sondern der CDU.

Die gesellschaftliche Brisanz des hier in aller Kürze Dargestellten liegt meines Erachtens darin, dass der NPD mittelfristig die Synthese zwischen „intellektueller neuer Rechter“ und den „Stiefelnazis“ aus den Kameradschaften gelingen könnte und sie sich auf diese Art und Weise zu einer völlig modernisierten rechtsextremen Sammlungspartei entwickeln könnte, zumal gleichzeitig Bestrebungen deutlich werden, die eigenen politischen Chancen zu erhöhen, indem man den Einfluss über die eigenen Parteigrenzen hinaus vermehrt.

Möglich wäre eine solche Synthese meines Erachtens, weil hier zwei Strategien ineinandergreifen und sich verstärken. Diese beiden Strategien sind unabhängig voneinander entwickelt, aber in der Praxis harmonisieren sie ziemlich gut miteinander: Zum einen müht sich ein Teil der extremen Rechten um Intellektualisierung, zum anderen ist eine Reihe von Burschenschaften darum bemüht, den eigenen Verband weiter nach rechts zu rücken.

Scheitern müsste eine solche Doppelstrategie jedoch, wenn aus meiner Sicht mehrerlei in Angriff genommen würde, und damit möchte ich das Statement beenden. Ich habe vier Vorschläge:

Erstens müsste darauf hingewirkt werden, dass die demokratischen Kräfte in wie außerhalb der Deutschen Burschenschaft eine klare personelle wie inhaltliche Abgrenzung von den Rechtsextremen vornehmen.

Zweitens wäre zu überprüfen, inwieweit die geschilderten rechtsextremen Aktivitäten, die in meiner schriftlichen Stellungnahme ziemlich ausführlich beschrieben sind, über Steuerbegünstigungen öffentlich mitfinanziert werden. Erst im März des Jahres hatte ein Student, der für ein Semester in dem Haus der Gießener Burschenschaft Dresden-sia-Rugia gewohnt hatte, schwere Vorwürfe gegen den gemeinnützigen Wohnheimverein der Burschenschaft erhoben.

Überprüft werden müsste in dem Zusammenhang jedoch auch der Verband für Studentenwohnheime, ein Dachverband zahlreicher dieser Wohnheimvereine. Dieser Dachverband wurde laut Selbstdarstellung 1975 gegründet. Genau genommen ist es jedoch die Umgründung eines bereits 1953 konstituierten Vereins, dem das zuständige Finanzamt aufgrund von Unregelmäßigkeiten in der Spendenpraxis die Gemeinnützigkeit aberkannt hatte.

Die Problematik dieses Verbandes für Studentenwohnheime besteht darin, dass die Wohnheimvereine, die ihm angeschlossen sind, selber nicht gemeinnützig sein müssen, um in den Genuss der Gemeinnützigkeit zu kommen. Das heißt: Es handelt sich bei diesen Studentenwohnheimen um Verbindungshäuser. Damit sind also nicht die normalen Studentenwohnheime gemeint. Meines Erachtens ist aufgrund einer solchen Konstruktion dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Es ist überhaupt nicht zu überprüfen, wofür letztendlich diese steuerbegünstigten Mittel verwendet werden.

Der dritte Punkt: Es müsste insbesondere an den gymnasialen Schulen für das Thema sensibilisiert werden. Schließlich bemüht sich beispielsweise die Burschenschaft Rheinfranken Marburg intensiv darum, Anzeigen in Abiturzeitungen zu schalten, und bietet auch für Schüler und Wehrdienstleistende ein sogenanntes Schnupperstudium an. Ich denke, das Thema Rechtsextremismus sollte nicht nur in den Rahmenrichtlinien für Haupt- und Realschulen verankert sein, sondern auch in denen für die Gymnasien.

Der letzte Punkt, den ich auch in meiner schriftlichen Stellungnahme angesprochen habe: Die angerissene Problematik hat eine eindeutige „Gender-Dimension“ – und das nicht nur, weil die genannten Burschenschaften allesamt Männerbünde sind. Es gibt eine Reihe von neueren sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die gezeigt haben, dass Rechtsextremismus und Gewalt im Allgemeinen in einem größeren Maße ein Männerproblem darstellen, als das vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Wir haben es hier also auch mit den Resultaten fehlgeleiteter männlicher Sozialisation zu tun, selbstverständlich nicht aller Männer, sondern eines Teils, auf das in der Lehrer/innenaus- wie -fortbildung viel stärker vorbereitet werden müsste, als dies bislang der Fall ist.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Die zitierten Dokumente können Sie gern bei mir in Kopie bekommen.

Prof. Dr. Henkenborg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst recht herzlich für die Einladung zu dieser Anhörung bedanken, weil dadurch das Praxisfeld, das ich an der Universität Marburg vertrete, auch seine Stimme erheben kann und Gehör findet, und zwar die Frage der Schule, die Frage der politischen Bildung als eines Kernfaches, das sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzt, und damit auch die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme versucht, mich mit drei Punkten auseinanderzusetzen: mit Versäumnissen, mit Schwierigkeiten und mit Ansatzpunkten von Schule und politischer Bildung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ich möchte nun versuchen, das in drei Thesen zu ergänzen und zuzuspitzen.

Meine erste These ist, dass Rechtsextremismus für Schule und politische Bildung heute eine ambivalente Ausgangssituation darstellt, und zwar ambivalent deswegen, weil der Rechtsextremismus – das möchte ich betonen – keinen Anlass zur Dramatisierung des Problems gibt. Andererseits gibt es aber auch keinen Anlass für eine Verharmlosung.

Warum gibt er keinen Anlass für Dramatisierung? Ich habe das in meiner Stellungnahme ausführlich beschrieben, möchte aber hier darauf hinweisen, weil ich das für einen wichtigen Punkt halte: Ich glaube, dass man anhand empirischer Untersuchungen sehen und nachweisen kann, dass die ganz überwiegende Mehrheit von Jugendlichen heute die Idee der Demokratie in ihrer Breite unterstützt. Das ist auch ein Punkt, den man wichtig nehmen sollte, weil er auch einen Anlass gibt, mit rechtsextremen Bedrohungen gelassen umzugehen.

Natürlich gibt es keinen Grund für Verharmlosung, sondern es gibt – ich beziehe mich hierbei auf die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung – auch Anlass für pädagogische Sorge in diesem Bereich. Das würde ich vor allem auf drei Punkte konzentrieren:

Der erste Punkt ist: Wenn man sich in dieser Studie die Werte für die alten Bundesländer anschaut, dann fällt auf, dass Hessen in einigen wichtigen Kernbereichen rechtsextremer Einstellungen sehr hohe Werte hat, die teilweise über dem Durchschnitt der anderen westdeutschen Bundesländer liegen.

Das Zweite, was auffällt, ist ein gravierender Ost-West-Unterschied. In Ostdeutschland ist die Ausländerfeindlichkeit sehr viel höher als in Westdeutschland. Dafür sind in Westdeutschland der Antisemitismus und die Verharmlosung der NS-Diktatur signifikant höher, als das in den ostdeutschen Bundesländern der Fall ist.

Der dritte Punkt, den ich als Anlass für pädagogische Sorge bezeichnen würde, ist: Selbst wenn die Idee der Demokratie bei Jugendlichen sehr breit verankert ist – und antidemokratische Einstellungen sind ein Kernelement von Rechtsextremismus –, dann kommt man nicht darum herum festzustellen, dass die Unzufriedenheit mit dem realen Zustand der Demokratie bei Jugendlichen im Zeitverlauf immer stärker zunimmt, im Osten stärker – gar keine Frage! –, aber auch in den westlichen Bundesländern in einem Ausmaß, das man nicht verharmlosen und unterschätzen sollte.

Meine zweite These – und die hat etwas mit dem Kernbereich meiner Tätigkeit zu tun –: Die Schule ist heute immer noch eher ein Teil des Problems der Entstehung von Rechtsextremismus und noch viel zu wenig ein Teil der Lösungen. In der Forschung gibt es einen sehr starken Konsens darin, dass rechtsextreme Einstellungen etwas mit negativen Anerkennungserfahrungen zu tun haben. Da ist zum Beispiel das Gefühl politischer Einflusslosigkeit, ein geringes Selbstwertgefühl, das Gefühl hoher sozialer und individueller Deprivation oder auch von Defiziten im elterlichen Erziehungsverhalten.

Die Schule ist dann ein Teil des Problems, wenn sie solche negativen Anerkennungserfahrungen von Kindern verstärkt. Sie ist dann kein Teil der Lösung, wenn sie Schülerinnen und Schülern und Kindern keine positiven Anerkennungserfahrungen ermöglicht.

Ein Beispiel, an dem man das sehen kann, ist das BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“. Ich bin in meiner schriftlichen Stellungnahme darauf eingegangen und gehe auch hier noch einmal darauf ein, weil es in der Antwort der Hessischen Landesregierung auf die Anfrage der SPD-Fraktion nach den Möglichkeiten von Schule einen sehr herausgehobenen Stellenwert einnimmt. Gar keine Frage: Dort sind wichtige Ansätze für eine demokratische Schulkultur entwickelt worden; aber ob dieses Projekt einen Beitrag gegen Rechtsextremismus leistet, wird in der Stellungnahme der Experten dieses BLK-Programms, zum Beispiel von Wolfgang Edelstein, einem der Begründer, sehr viel kritischer eingeschätzt. Die drei Punkte, die er anmerkt, können exemplarisch für die Schwierigkeit von Schule und politischer Bildung im Umgang mit diesem Tätigkeitsfeld gesehen werden:

Erstens sind bislang wenige Ansätze erkennbar, die in der Schule präventiv gegen Rechtsextremismus wirken.

Zweitens: Schulen, die massive Probleme mit Rechtsextremismus haben, sind in diesem Programm wenig berücksichtigt, kommen wenig darin vor, unter anderem auch deswegen, weil Schulen, die massiv davon betroffen sind, Schwierigkeiten haben, sich zu outen, Schwierigkeiten haben, das zuzugeben und öffentlich damit umzugehen, weil es mit einem negativen Stigma auf solche Schulen selbst zurückfällt.

Der dritte Punkt ist: Wenn Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen etwas mit einer veränderten Anerkennungskultur zu tun hat, dann stellt dieses Programm in der Auswertung fest, dass es bisher wenig gelungen ist, die Anerkennungskultur an Schulen tatsächlich zu verändern.

Ich komme zu meiner dritten und letzten These: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist leider häufig ein Konjunkturprogramm. In Anmerkungen ist es manchmal auch ein wenig das, was man bei dem Antrag der GRÜNEN an der einen oder anderen Stelle befürchten kann: Sie findet kurzfristig statt, wenn es zum Beispiel Wahlerfolge oder Gewalttaten gibt. Sie gerät aus dem Blick, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit nachlässt.

Aus einer pädagogischen Sicht käme es aber darauf an, langfristige Konzepte zu entwickeln. Ich glaube, dass es dafür mindestens drei Ansatzpunkte gibt. Der eine sind die Unterrichtsfächer, die dafür im Kern zuständig wären, auf der einen Seite die politische Bildung und auf der anderen Seite das Fach Geschichte, und hier zu fragen, wie die Schlüsselthemen des Rechtsextremismus in diesen Fächern stärker, optimaler, verbesserter bearbeitet, thematisiert vorkommen könnten.

Als Schlüsselthemen würde ich erstens das Problem der Ausländerfeindlichkeit bezeichnen, das in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Recht als Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus gerade auch bei Jugendlichen bezeichnet wird, zweitens – mit dem Blick auf die neuen Bundesländer, was man eigentlich nicht annehmen sollte, was aber vielleicht doch der Fall ist – das Problem des Antisemitismus und drittens das Gefühl politischer Ohnmacht bei einem wachsenden Teil von Jugendlichen und damit zusammenhängend auch eine steigende Unzufriedenheit mit der Realität von Demokratie.

Das führt mich zu einem zweiten Ansatzpunkt, und das ist die Ebene der Schulkultur. Hier würde ich die Leistung des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“ sehen, das deswegen zu Recht auch in der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der

SPD hervorgehoben wird und eine entscheidende, bildungspolitisch interessante, pädagogisch interessante, schulpolitisch interessante Frage ist, wie die Ansätze dieses Programms sozusagen in den Alltag hinübertransportiert und auch auf Schulen übertragen werden können, die nicht an diesem Programm beteiligt gewesen sind, und was die Hessische Landesregierung und die hessische Politik insgesamt dazu beitragen können und beitragen werden.

Lassen Sie mich als letzten Punkt die Frage „seriöses Wissen“ ansprechen. Hier muss man festhalten: Obwohl Rechtsextremismus ein breites öffentliches Thema ist, gibt es immer noch Wissenslücken. Es fehlt immer noch seriöses Wissen. Das betrifft gerade den Bereich Schule/politische Bildung. Deswegen finde ich ausgesprochen positiv den Punkt 12 b), der im Antrag der GRÜNEN angesprochen ist, also da zu forschen, zu evaluieren: Was ist in Schule gelungen, wo gibt es Probleme in Bezug auf Unterrichtsthemen, aber auch in Bezug auf Generationenkommunikation? Das halte ich für einen letzten entscheidenden Punkt. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Ich darf nun die erste Fragerunde eröffnen und bitte um Wortmeldungen. – Kollege Rudolph, bitte schön.

Abg. **Günter Rudolph:** Ich möchte bei Ihnen anknüpfen, Herr Professor Henkenborg. Sie sagten, Schule sei ein Teil des Problems. Man weiß ja auch aus der Praxis, dass man teilweise eher hilflos damit umgeht, wenn vor Schulhöfen CDs verteilt werden. Sie schreiben auch zu Recht, ein Ansatzpunkt im Vier-Säulen-Konzept der NPD sei der Kampf um die Schule.

Was heißt das konkret: Muss sich auch etwas in der Lehreraus- und -fortbildung verändern? Findet beispielsweise eine Vernetzung mit anderen statt, etwa der kommunalen Ebene? Es scheint mir auch ein generelles Problem zu sein, dass wir die verschiedenen Ebenen nicht zu einer Strategie gegen rechts zusammenführen. Es gibt zwar jetzt ein Bundesprogramm, das fortgeführt wird, für das sich die Kommunen auch bewerben können. Aber das scheint mir noch ein Problem zu sein.

Können Sie noch etwas zu den Lösungsansätzen ausführen, wie man sich ganz konkret damit auseinandersetzt? Denn es verändert sich ja etwas in der rechten Szene: Die werden auch intelligenter. Das ist nicht mehr dieser dumpf auftretende Skinhead, sondern das sind teilweise die intelligenten Leute mit Schlips und Kragen.

Dann an Frau Dr. Kurth die Frage: Können Sie etwas dazu sagen, wie sich Burschenschaften finanzieren? Denn eine Voraussetzung, dass man agieren und agitieren kann, ist ja, dass man finanzielle Ressourcen hat. Wenn es Anfragen über steuerrechtliche Prüfungen des Finanzamtes gibt, dann ist der Datenschutz sicherlich ein wichtiges Argument. Man kriegt keine Informationen. Wissen Sie etwas über die Finanzströme? Denn das wäre auch ein Ansatzpunkt, rechtsextreme Aktivitäten bekämpfen zu können. Ich glaube nämlich nicht, dass das alles ganz seriös und auf gesetzlichem Wege läuft. Von daher wäre auch dazu noch eine Aussage hilfreich.

Abg. **Holger Bellino:** Ich kann mich gern anschließen und habe zunächst an Professor Henkenborg die Frage – unabhängig davon, ob man der Meinung ist, das seien immer

nur Konjunkturprogramme, die aufgelegt werden –, wie Sie es einschätzen, ob es darüber hinaus stärkere Kontakte zwischen der Politik und den Schulen geben sollte. Beispielsweise wird immer wieder einmal gefordert, aber von den Schulen nicht unbedingt nachvollzogen, dass die Schüler verstärkt in die Parlamente gehen, auch in die kommunalen Parlamente, um zu erleben, wie vor Ort Demokraten miteinander umgehen, und umgekehrt auch die Politiker in die Schulen gehen.

Zum Zweiten geht es mir um die Vernetzung zwischen der schulischen und außerschulischen Bildung. Das, was Sie fordern, könnte meines Erachtens zum Teil auch durch außerschulische Jugendverbände mitgetragen werden, nicht nur von den politischen Jugendorganisationen, sondern auch von anderen.

Frage an Frau Dr. Kurth: Wenn man Sie hört, hat man das Gefühl, man müsste auf der Stelle alle Burschenschaften verbieten, oder habe ich Sie falsch verstanden? Haben Sie denn Zahlen darüber, wie groß der Anteil derer ist, die wir in den Burschenschaften allesamt nicht haben wollen, also die, die rechtsextrem auffallen und von denen sich die demokratischen Parteien abgrenzen?

Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt)**: Ich habe Fragen an Herrn Professor Henkenborg. Herr Henkenborg, Sie haben einen Befund der Friedrich-Ebert-Stiftung beschrieben. Sie sind Mitglied des Fachbereichs für Soziologie an der Marburger Universität. Hat denn die Marburger Universität eigenständige Untersuchungen zum Beispiel über die Praxis und die Situation an hessischen Schulen in Verbindung mit dem, was zum Beispiel die Landeszentrale für Politische Bildung seit 40 Jahren tut? Denn das, was Sie als Hauptursache beschreiben, nämlich sozusagen eine mangelnde Persönlichkeitsbildung, mangelndes Selbstwertgefühl, ist die eine Sache. Das andere ist die Frage, ob man das in Fächern wie Geschichte und politischem Unterricht oder in außerschulischer politischer Bildung auffangen kann.

Ich will das ein bisschen ausführen, aber es ist dieselbe Frage. Es gibt in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, nämlich „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom März 2007, einen Bericht von Herrn Busch, der am Sigmund-Freud-Institut tätig ist und in Soziologie und Sozialpsychologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in Frankfurt arbeitet, zum Thema „Demokratische Persönlichkeit“. Ich glaube, da liegt ein ganz wichtiger Kern, um der Sache näherzukommen.

Ich bin selber vor vielen Jahren Politiklehrerin gewesen. Alles, was Sie hier beschreiben, haben wir damals als Befund in ausgeprägterer Form im Westen auch gehabt. Der ist nach meiner Einschätzung heute geringer. Ich würde gern noch einmal fragen, weil Sie sich nur auf die Stiftungsanalyse bezogen haben: Gibt es aus Ihrer Kenntnis an anderen Universitäten eine wirkliche Evaluation – denn es kann ja auch in Fachbereichen der Lehrerausbildung sein –, die einmal untersucht hat: Welche Wirkung haben eigentlich 40 Jahre lang Sozialkundeunterricht, Gemeinschaftskundeunterricht, außerschulische Bildung der verschiedenen Träger plus Hessische Landeszentrale für Politische Bildung?

Frau **Dr. Kurth**: Zur ersten Frage: Wie finanzieren sich Burschenschaften? Burschenschaften verstehen sich ja als sogenannte Lebensbünde. Das heißt: Wer einmal eintritt, verpflichtet sich in einer formalen Zeremonie, ein Leben lang Mitglied zu bleiben. Kon-

kret kann man natürlich trotzdem irgendwann beschließen auszutreten; aber so ist die Organisationsstruktur erst einmal aufgebaut.

Das hat zur Folge, dass die Mitgliedschaft mit dem Ende des Studiums nicht endet, sondern die ehemaligen Studenten als „Alte Herren“ in die Altherrenvereinigung gehen und dann durch ihre Mitgliedsbeiträge die Verbindung finanzieren.

Neben diesen Altherrenvereinen gibt es die von mir erwähnten Wohnheimvereine. Das sind die Träger der verbindungseigenen Häuser. In diesen Vereinen sind die Alten Herren ebenfalls Mitglied und finanzieren quasi auf diese Art und Weise über ihre Mitgliedsbeiträge die Infrastruktur.

In der Regel sind die Wohnheimvereine gemeinnützig, das heißt, die Beiträge sind steuerlich begünstigt. Über diesen Verband für Studentenwohnheime, den ich erwähnt habe, ist es außerdem möglich, Anträge auf staatliche Zuschüsse zu stellen, wie es andere, herkömmliche Studentenwohnheime auch können.

Das ist die Finanzierungsgrundlage der Burschenschaften. Wenn Sie so wollen, ist das eine Art Generationenvertrag, wie das auch immer wieder genannt wird.

Zur zweiten Frage! Es war überhaupt nicht meine Absicht zu suggerieren, dass ich der Auffassung wäre, alle Burschenschaften müssten verboten werden. Ich habe über einen Verband gesprochen, über die Deutsche Burschenschaft, aus dem immer wieder Mitgliedsburschenschaften in die Schlagzeilen geraten sind.

Es gibt andere burschenschaftliche Dachverbände, die allerdings von der Mitgliederanzahl her kleiner sind. In der Regel handelt es sich dabei um Abspaltungen von der Deutschen Burschenschaft, und zwar aufgrund genau dieses Problems, das ich geschildert habe: Es gibt einfach einen Teil der Mitglieder, die die Entwicklung in dem Verband nicht mitmachen wollen. Das ist ja nicht etwas, was erst seit gestern passiert ist, sondern das kann man verstärkt spätestens seit Anfang der Siebzigerjahre beobachten. Es hat sich aber ziemlich dadurch verschärft, dass eben ein Teil der demokratisch orientierten Burschenschaften den Verband verlassen haben, weil sie der Auffassung waren, dass sich dort nichts reformieren lässt.

Ich habe also überhaupt nicht über ein Verbot von Burschenschaften gesprochen, sondern ich habe kritisiert, dass derlei Aktivitäten ganz offenkundig zum Teil auch noch gemeinnützig finanziert werden. Es ist ja in das Belieben einer jeden Organisation gestellt, einen rechtsextremen Referenten einzuladen. Aber weshalb die Kosten für das Haus zum Teil von der Öffentlichkeit mitgetragen werden sollen, ist für mich nicht einzusehen.

Sie haben außerdem gefragt, wie hoch die Anzahl derjenigen ist, die man als problematisch einstufen kann. Es gibt keine Untersuchungen, in denen man alle Burschenschafter nach ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit gefragt hätte. Aber es gibt vielfältige Untersuchungen darüber, wie sich der Verband in den letzten Jahren positioniert hat. Man kann auch einen Blick in die Verbandszeitschrift werfen.

Vor allem sind die Burschentage interessant, auf denen die jeweiligen Funktionäre gewählt werden. Da ist festzustellen, dass spätestens seit dem Jahre 2005 sämtliche Funktionärsposten von Mitgliedern einer Strömung innerhalb des Verbandes, der soge-

nannten Burschenschaftlichen Gemeinschaft – die ganz rechts außen innerhalb des Verbandes steht, der sehr viele österreichische Burschenschaften angehören, die auch Österreich als Teil der deutschen Nation klassifizieren, die die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen usw. –, bzw. aus ihr nahestehenden Burschenschaften besetzt wurden. Ich denke, das ist ein Ausdruck für das Kräfteverhältnis im Verband.

Das heißt natürlich nicht, dass jede einzelne Burschenschaft oder gar jeder einzelne Burschenschafter rechtsextrem ist. Dann wäre das Problem eigentlich gar nicht so dramatisch. Das Problem besteht vielmehr darin, dass es nach wie vor auch Demokraten im Verband gibt, die aber in den letzten Jahren politisch immer wirkungsloser geworden sind und entweder als Feigenblatt dienen oder aber – wie bei dem Beispiel, das ich Ihnen genannt habe – ganz offenkundig gar kein Problem daran sehen, sich darüber zu freuen, dass NPD-Aktivisten in die eigene Partei eintreten wollen. Das ist meines Erachtens das Problem, und dabei geht es nicht darum, alle Burschenschaften zu verbieten.

Prof. Dr. Henkenborg: Ich fange mit der letzten Frage von Frau Wagner nach den empirischen Untersuchungen an. Es gibt, weniger bekannt als zum Beispiel die PISA-Studie oder die TIMS-Studie, die darüber belehrt haben, wie schlecht die Deutschen in Mathematik oder Physik sind, Ende der Neunzigerjahre/Anfang 2000 die Civic-Education-Studie, die in 22 oder 24 Ländern, von Amerika über Asien bis Westeuropa und Osteuropa, international durchgeführt worden ist und in der über die Wirkungen der politischen Bildung – das kann man auch auf den Rechtsextremismus beziehen – zwei Aussagen getroffen werden. Die eine: Die Jugendlichen neigen weniger zu Vorurteilen, die ein höheres Wissen haben, bei denen sozusagen die kognitive Bildung größer ist. Das spricht für die Bedeutung von Schulfächern wie politischer Bildung und Geschichtsunterricht.

Es gibt darüber hinaus in einer deutschen Parallelstudie von Österreich die These, dass aber bestimmte Demokratiekompetenzen, wie zum Beispiel die Fähigkeit, Mitgefühl zu haben, Perspektivenübernahme, weniger durch Wissensvermittlung, also weniger durch kognitiven Unterricht erreicht werden, sondern dass das Demokratiekompetenzen sind, die hauptsächlich durch Demokratie oder Schulkultur ausgebildet werden. Also: Machen Schülerinnen und Schüler im Unterricht und in der Schule die Erfahrung, dass sie Mitbestimmungsmöglichkeiten haben? Machen Sie in der Schule oder im Unterricht die Erfahrung, dass sie Verantwortung übertragen bekommen? Machen Sie in Schule und Unterricht die Erfahrung, dass sie zivile Formen der Konfliktregelung selbst entwickeln und durchführen können?

Diese Studie zeigt, dass die Ebene der Schulkultur in der Entwicklung solcher Demokratiekompetenzen eine ganz wichtige Ebene ist und dass man vielleicht in Deutschland im Unterschied etwa auch zu skandinavischen Ländern diese Ebene von politischer Bildung, diese Ebene von Schulkultur bislang zu wenig entwickelt hat, ihr zu wenig Beachtung geschenkt hat.

Deswegen ist dieses Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ ein wichtiger Ansatz, und es wäre sehr wichtig zu überlegen, wie der in Hessen verstetigt und übertragen werden kann.

Die zweite Frage bezog sich auf die Lehrerweiterbildung. Das ist eine wichtige Frage. In dem Antrag der GRÜNEN ist die Vernetzung auf der Ebene der Staatskanzlei angesprochen. Ich weiß nicht, ob das für pädagogische Vernetzung die richtige Ebene wäre; aber sicherlich wäre es eine interessante Frage, wie man die pädagogischen Aktivitäten, die es in Hessen in diesem Bereich gibt – Landeszentrale, Amt für Lehrerbildung, außerschulische Jugendarbeit –, besser koordinieren und miteinander vernetzen kann. Hier ist meines Erachtens auch der Bereich der Lehrerweiterbildung ein ganz entscheidender Punkt.

Etwas, was ich für sehr wichtig halte – ich bin relativ neu beruflich in Marburg tätig; ich war die letzten acht Jahre in Dresden, also in Sachsen, einem Zentrum des Orkans, wenn man das so sagen darf –: Wir haben dort Begleituntersuchungen zu diesem Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ gemacht. Eine Erfahrung, die wir dort gemacht haben, ist, wie schwer es Lehrern fällt, sich inhaltlich mit den Vorurteilen ihrer Schülerinnen und Schüler auseinanderzusetzen, dass das häufig tabuisiert wird, dass es nicht angesprochen wird, dass es ausgeklammert wird, dass es in die reine Institutionenkunde verschoben wird. Dass das in Westdeutschland und also auch in Hessen im gleichen Ausmaß der Fall ist, glaube ich nicht. Aber ich glaube, es ist ein Problem.

Das ist ein Ansatzpunkt für Lehrerfortbildung. Neben der Frage, die in dem Antrag der GRÜNEN auch angesprochen ist – Methoden –, halte ich das für einen wichtigen Ansatzpunkt.

Abg. **Jürgen Frömmrich**: Ich wollte noch einmal darauf eingehen, weil Sie gerade auch die Ansiedlung in der Staatskanzlei angesprochen haben: Glauben Sie nicht auch, dass es beim Engagement gegen rechtsextreme Tendenzen und gegen Rechtsextremismus nicht auch ein Zeichen nach außen ist, dass man eine Stelle hat, die die unterschiedlichen Maßnahmen, die mit Sicherheit in mehreren Ministerien laufen – das hat ja auch die Große Anfrage der SPD-Fraktion eindrucksvoll ergeben, dass es an vielen Punkten Bewegung gibt, dass es an vielen Punkten auch Initiativen gibt –, in der Staatskanzlei koordiniert und bündelt und dort aufhängt, um zu symbolisieren, dass man das als wichtige Aufgabe auch im Westen Deutschlands begreift? Denn es wird ja in der Diskussion, wenn man sich auch die Vorlage des Verfassungsschutzberichtes anschaut, immer leicht argumentiert, dass das eigentlich eher ein Ostproblem ist, mit dem wir im Westen nichts zu tun haben. Von daher der Vorschlag von uns, eine solche Stelle bei der Staatskanzlei anzusiedeln.

Der zweite Punkt, der da auch mit hineinspielt, ist die folgende Frage: In Ihrer Stellungnahme haben Sie ausgeführt, dass es auch in Schulen keine Anerkennungskultur für junge Menschen gibt, die sich im Bereich Zivilgesellschaft, im Bereich Demokratie einmischen. Haben Sie eine Idee, wie man eine solche Anerkennungskultur in Schulen vermitteln kann? Das ist vielleicht eine schwierige Frage; aber ich glaube, dass es schon ein wichtiger Punkt ist, Jugendliche in diesem Engagement zu unterstützen.

Die letzte Frage an Sie wäre: Wie müssten eigentlich Unterricht und Schule gestaltet werden, damit man das Thema „Kinder stark machen gegen rechtsextreme Tendenzen“ Kindern und Jugendlichen in der Schule vermittelt?

Abg. **Karin Hartmann:** Ich habe die Frage an Herrn Professor Henkenborg, inwieweit sich ein latenter Einstellungswandel vollzieht, unabhängig von der Definition, dass es rechtsextreme Strömungen gibt. Ich nehme einmal das Beispiel: Es gibt immer wieder Schülerbefragungen an Oberstufen und Gymnasien, was Ausländerfeindlichkeit und ähnliche Positionen anbelangt, wo zum Teil die Ergebnisse gar nicht publik werden, wo sich aber herausstellt, dass sich ein Viertel der Oberstufenschüler beileibe nicht als rechtsextrem definieren würden, aber eindeutig rechtsextreme Positionen vertreten. Gibt es dazu begleitende sozialwissenschaftliche empirische Untersuchungen, die einen Einstellungswandel bei Jugendlichen auch unabhängig von der Bildung, vom intellektuellen Background erkennen lassen, oder gibt es das nicht?

Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt):** Ich will noch einmal nachfragen, Herr Henkenborg. Ich hatte Sie gefragt, ob Sie in Marburg eigene Studien über hessische Befunde gemacht haben. Es gibt Sigmund-Freud-Befunde, es gibt mehrere Untersuchungen der Hessischen Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt, und es gibt von der HLZ im Laufe der Jahre, etwa in zehnjährigem Abstand, immer wieder Befunde über diese Situation in Hessen. Sie haben gesagt, dass Sie aus Dresden kommen. Können Sie die hessischen Verhältnisse beurteilen, und machen Sie eigene Forschungsprojekte darüber?

Abg. **Sigrid Erfurth:** Frau Dr. Kurth, ich möchte auf Ihre schöne Formulierung von der fehlgeleiteten männlichen Sozialisation eingehen. Das löst bei mir die Frage aus: Wie kann man das ungefähr beziffern, wie viel mehr das ein Männerproblem ist als ein Frauenproblem? Wie könnte man ganz konkret eingreifen, um an dieser Sozialisation etwas zu ändern und konkret gegenzusteuern?

Da schließt sich für mich an, was ich einmal Aufgriffsgrenze nennen möchte. Es gibt ja immer mal wieder die Überlegung: Wir sagen jetzt nichts, sondern halten den Mund; es wird sich schon erledigen. Ab wann wird man laut und meldet sich zu Wort und sagt etwas? Gibt es aus Ihrer Sicht dazu Erhebungen, und können Sie dazu etwas sagen?

Abg. **Holger Bellino:** Ich darf noch einmal anschließen an die Ausführungen zum Engagement in den Schulen. Es ist ja nicht so, dass in den Schulen nichts getan wird. Es gibt eine ganze Reihe von Programmen, die sich gerade in den Schulen präsentieren – und das, wie wir wissen, auch mit Erfolg.

Mich würde interessieren: Haben Sie auch aus Ihrer praktischen Erfahrung in Ostdeutschland Ansätze, ob durch die Vernetzung von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern das Thema vielleicht noch effizienter bearbeitet werden kann, als es in Hessen ohnehin schon der Fall ist?

Dann habe ich an Frau Dr. Kurth eine Frage. Ich kann das relativieren, wie ich das verstanden habe, was die Burschenschaften anbelangt. Ich denke doch, dass die Gemeinnützigkeit in Deutschland immer noch überprüft wird und dass sie auch an gewisse Kriterien geknüpft ist. Aber haben Sie denn, weil Sie eine so große Sorge umtreibt, eine Zahl für die Quantität, an der man es festmachen kann, wie groß diese rechtsextremen Umtriebe in der einen oder anderen Burschenschaft sind? Wir haben in Hessen ja weiß Gott keine schlechte Bilanz. Aber wenn es dort Ansatzpunkte gibt, dann wollen wir das

natürlich konkret wissen. Dabei hilft uns auch das greifbare, das fassbare Ausmaß dessen, was zu kritisieren ist.

Frau Dr. Kurth: Die erste Frage bezog sich auf das Stichwort „fehlgeleitete männliche Sozialisation“. Bei der Frage „Gewalt und Geschlecht“ in unserer Gesellschaft sind die Zahlen, ganz egal, in welchen Bereich man schaut, relativ eindeutig so, dass es überproportional viele Männer sind, die auf irgendeiner Ebene gewalttätig handeln. Es ist dabei egal, ob man sich die Insassen der Gefängnisse anschaut, ob man sich die Gewalt in den Schulen ansieht, wer da involviert ist, oder ob man sich das Problemfeld Rechtsextremismus ansieht, um das es hier geht.

In Bezug auf den Rechtsextremismus muss man unterscheiden, auf welcher Ebene man sich befindet. In Bezug auf die Wahlentscheidung haben wir es relativ stabil über die Jahrzehnte hinweg so, dass zwei Drittel der Wählerschaft der rechtsextremen Parteien Männer sind. Auf der Ebene der Einstellungen sieht es etwas anders aus. Da haben wir nicht eine so große Geschlechterdiskrepanz, aber ganz offenkundig schlägt sich das bei den Frauen, die über entsprechende ideologische Einstellungen verfügen, nicht direkt im Wahlverhalten nieder.

Auf der Ebene der rechtsextremen Gewalt aber ist es ganz eindeutig: Da sind unter 5 % derjenigen, die gewalttätig sind, Frauen, der Rest sind Männer. Von daher muss man sich die Frage stellen: Warum ist das so? Wenn man sich entsprechende Organisationen und auch die entsprechenden Geschlechterbilder, die dort gepflegt werden, die dort behandelt werden, ansieht, dann zeigt sich sehr deutlich, dass in solchen Organisationen ein ganz bestimmtes Männlichkeitsbild, ein ganz bestimmtes Männlichkeitsideal gepflegt wird.

Hinsichtlich der Burschenschaften habe ich das in meiner Dissertation ausführlich untersucht, gerade die Ebene dieses Männlichkeitsideals, das dort gepflegt wird. Selbst wenn sich das natürlich nicht auf der Ebene der Straßengewalt äußert, spielt aber nichtsdestoweniger die Frage der Gewalt und die Frage der Faszination von Gewalt nach wie vor eine große Rolle.

Ein Beispiel: Es werden Referenten in Marburg bei besagter Burschenschaft Rheinfranken eingeladen, die über ihre Erfahrungen im sogenannten Südtiroler Freiheitskampf berichten. Gemeint ist der Terrorismus in Norditalien. Wenn man den Bericht liest, der darüber verfasst wird, dann lässt sich überhaupt keine Distanz zu dem Geschilderten erkennen, sondern man sieht im Grunde genommen fast die leuchtenden Augen vor sich.

Sie haben gefragt: Wie ist einer solchen Sozialisation vorzubeugen? Das muss sich vor allem auf die institutionalisierte, also die sekundäre Sozialisation erstrecken. Ich bin der Auffassung, dass insbesondere im Bereich der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung sehr viel stärker diese Gender-Problematik deutlich gemacht werden muss, dass sehr viel deutlicher die Forschungsergebnisse ins Bewusstsein der künftigen Lehrerinnen und Lehrer gebracht werden müssen, auf welche Art und Weise sich Geschlecht herstellt, welche unterschiedlichen Möglichkeiten es auch gibt, wie friedliche Konfliktlösungsstrategien entwickelt werden können usw.

Glücklicherweise spielt das mittlerweile in der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung zwar eine Rolle, aber das scheint mir nach wie vor noch nicht stark genug zu sein. Ich bin selber an der Universität in der Ausbildung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer tätig. Die berichten mir, wenn sie aus den Schulen kommen, dass sie ganz häufig mit Problemen konfrontiert werden, die sie sich so gar nicht hätten vorstellen können.

Wir sind in Gießen im Moment dabei, in der Arbeitsstelle Gender-Studies, die glücklicherweise vor etwa anderthalb Jahren gegründet worden ist, ein Konzept für ein Gender-Training zu entwickeln, das sich an Studierende richten soll, aber auch als Fortbildungsmaßnahme dienen soll, bei der an mehreren Wochenenden genau auf diese Problematik eingegangen werden soll.

Die zweite Frage bezog sich auf die quantitative Zahl. Ich habe in Bezug auf Hessen fünf Burschenschaften genannt: eine Burschenschaft in Kassel, zwei in Marburg, eine in Gießen, eine in Frankfurt. Die letztgenannte ist relativ selten in Erscheinung getreten, aber die anderen vier genannten sind in den letzten zehn bis 15 Jahren regelmäßig durch rechtsextreme Aktivitäten aufgefallen und auch entsprechend in die Schlagzeilen geraten.

Bei dem Dachverband Deutsche Burschenschaft sieht es so aus, dass rechtsextremen Strömungen innerhalb des Verbandes etwas mehr als ein Drittel der Burschenschaften angehören, dass diese aber durchaus in der Lage sind, bei Wahlen Mehrheiten zu erzielen, sodass nicht unbedingt jede Burschenschaft, die nicht der burschenschaftlichen Gemeinschaft angehört, gleichzeitig frei von der entsprechenden Ideologie ist. Nicht jede fühlt sich gleich dieser Strömung zugehörig; aber im Zweifelsfall, wenn etwa ein Konservativer und ein Rechtsextremer zur Wahl stehen, entscheidet man sich ganz offenkundig für den Rechtsextremen.

Noch ein Beispiel: Der derzeitige Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft ist ein ehemaliges FAP-Mitglied, also der verbotenen FAP. Dass man gerade so jemanden zum Pressesprecher wählt, spricht meines Erachtens auch für sich.

Prof. Dr. Henkenborg: Frau Wagner, zu Ihrer Frage: Eigene Forschungsprojekte zu dem Bereich habe ich in Hessen nicht durchgeführt. Ich bin beruflich auch erst seit Oktober wieder hier. Trotzdem glaube ich, dass man die Forschungslandschaft, die es gibt, auch auf Hessen übertragen kann. Was wir beim Aufarbeiten dieses Bereiches feststellen, ist, dass es sehr viel Forschung zur pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Sozialpädagogik und in der außerschulischen Jugendarbeit gibt, dass dagegen der Bereich der Schule und Forschungen zur Schule und die Betonung des Bereiches Schule gegenüber diesen beiden anderen Bereichen deutlich abfällt. Das würde ich als eine Quintessenz der Forschungslage sehen und meinen, dass da die Forschung zur Schule und auch zur politischen Bildung einen großen Nachholbedarf hat.

Zweiter Bereich: Ansätze für Anerkennung. Man kann drei grundsätzliche Gruppen unterscheiden. Das eine ist die Erfahrung von Rechten. Schüler und Schülerinnen müssen die Erfahrung machen, dass sie Rechte haben.

Wenn man es auf dieses BLK-Programm bezieht, dann hat es vielfältige Ansatzformen in diesem Programm gegeben. Die reichen von Schulparlamenten, von Streitschlichtern, von Konfliktmediation bis hin in den Bereich von Methoden, in denen Schüler selbsttätig arbeiten und lernen können. Das sollte im Verhältnis zum normalen Unterricht ausgeweitet werden. Das wäre der erste wichtige Bereich: Chancen haben, die Erfahrung zu machen, dass man Rechte hat.

Den zweiten Bereich würde ich darin sehen, Chancen zu haben, dass die Leistung anerkannt wird, die man für eine Schulgemeinschaft erbringt. Das ist der Bereich, in dem es die größte Schwierigkeit gibt. Ein Beispiel: Wenn es in Berufsschulen etwa den Versuch gibt, mit Berufsschülern, die den Einstieg in den Beruf nicht geschafft haben, die keinen Schulabschluss haben und Ähnliches, Produktionsschulen zu machen, ist das sozusagen ein Versuch, an den Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern anzuknüpfen, den sie haben, und ihnen gleichzeitig positive Leistungserfahrungen zu ermöglichen. Darüber nachzudenken, wie solche Ansätze in Berufsschulen, aber auch in Hauptschulen ausgeweitet werden können, das halte ich für einen zweiten wichtigen Komplex.

Ein dritter wichtiger Bereich: Wenn man sich die Studien über rechtsextreme Persönlichkeitsprofile ansieht, dann ist sehr häufig eine rigide autoritäre Erziehung der Fall, zweitens gestörte emotionale Beziehungen zu den Eltern. Die Frage, wie Schulen an diesen Stellen emotionale Kompensationen anbieten können, halte ich für einen dritten entscheidenden Bereich in der Frage, was Anerkennungskultur angeht.

Ein letzter Bereich wäre dann eine Frage der Symbolik. Dass Schulen für Mathematikleistungen Anerkennung bekommen, auch in Form von Preisen, ist etwas sehr Normales. Darüber nachzudenken, wie Schulen für Demokratieleistungen, für Integrationsleistungen auch symbolisch Anerkennung bekommen könnten, halte ich für eine interessante Frage. Bei der Entscheidung, ob das ein Wettbewerb ist, ob das ein Preis ist, wären die Fantasie und die Kreativität gefragt.

Das führt mich zur letzten Frage. Ich nehme die Bedeutung von symbolischen Zeichen durchaus ernst und würde das auf gar keinen Fall in der Frage der Anbindung einer Vernetzung gering schätzen. Ich habe da letztendlich auch keine fertige Antwort.

Zu bedenken ist nur: Symbolische Politik ist nicht immer effizient. Und ob für eine effiziente Vernetzung pädagogischer Handlungen und pädagogischer Institutionen die Anbindung an die Staatskanzlei der ideale Ort wäre oder ob es nicht handlungsnähere Vernetzungsebenen gäbe, ist für mich eine offene Frage.

Vorsitzender: Mir liegen zu dem Komplex keine Fragen mehr vor. Ich darf mich sehr herzlich bedanken. Damit steigen wir in die nächste Runde ein.

Herr **Hertwig:** Für die Betrachtung heute sind drei Bereiche aus dem deutschen Rechtsextremismus von besonderer Bedeutung. Das ist einmal der gewaltbereite Rechtsextremismus, das sind zum Zweiten die Neonazis und zum Dritten die rechtsextremistischen Parteien, die meine Vorredner schon mehrmals erwähnt haben, insbesondere die NPD, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands.

Zum Thema gewaltbereiter Rechtsextremismus ist festzuhalten, dass die Straftatenzahlen, die in dem Bereich anfallen, seit Jahren leider Gottes steigend sind. Hessen ist im Ländervergleich, wenn man diese Zahlen auf je 100.000 Einwohner herunterbricht, zum Glück eher im unteren Viertel angesiedelt, wenngleich für das Jahr 2006 zu konstatieren ist, dass auch im Lande Hessen eine Steigerung der Gewalttatenzahlen im Bereich des Rechtsextremismus festzustellen ist.

Die meisten dieser Taten geschehen spontan, also nicht systematisch, gleichwohl unter fremdenfeindlichen Aspekten respektive gegen Personen, die man richtigerweise oder mutmaßlich dem Feld des politischen Gegners zurechnet.

Ich möchte an dieser Stelle einen kleinen Einschub machen. Herr Professor Henkenborg hatte die Studie von Elmar Brähler und anderen angesprochen, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung gemacht worden ist. Ich habe hier einen Aufsatz von Professor Schröder vom Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, der dem Ganzen etwas kritisch gegenübersteht. Ich zitiere auszugsweise:

Wer sich indes der Mühe unterzieht, das Vorgehen der Leipziger Medizinpsychologen inhaltlich und methodisch zu prüfen, erkennt schnell, dass das Ergebnis durch die gewählte Vorgehensweise gleichsam programmiert ist.

Man will damit sagen – ohne dass ich mir anmaße, das beurteilen zu können –: Die Studie hat sicherlich ihre Verdienste, aber möglicherweise auch einige kritische Stellen. Das aber nur am Rande!

So viel zum Thema gewaltbereiter Rechtsextremismus.

Zum Neonazismus kann ich mich mit der Feststellung begnügen, dass, wie den meisten von Ihnen bekannt sein dürfte, man seit Jahren diesem Kameradschaftsmodell frönt, einem Netz lokaler und autonomer Kleingruppen, schlicht und ergreifend mit dem Ziel, staatlichen Verbotsmaßnahmen aus dem Wege zu gehen, selbige zu unterlaufen. Wesentlich im Bereich des Neonazismus ist eigentlich die Tatsache, dass sich Teile des Neonazismus dazu entschlossen haben, mit den Nationaldemokraten eine sogenannte Volksfront zu bilden, eine Volksfront von rechts, was es der NPD ermöglicht, in Ländern – das meint insbesondere Ostdeutschland –, in denen sie strukturell nicht so stark ist, in die Fläche zu gehen. Das ist dann eben sehr bedauerlich.

Zum Thema NPD! Das 4-Säulen-Modell der Partei ist schon angesprochen worden. Wesentlich ist der Kampf um den organisierten Willen, das heißt, man will durch Koalitionen, die man im rechten Bereich bildet, verstärkt in Landtage hineinkommen, also politisch erfolgreich sein. Zum Teil ist das ja auch gelungen. Sie wissen, dass mittlerweile in zwei Landtagen der Bundesrepublik Deutschland Mandatsträger der NPD sitzen.

Insgesamt kann man vielleicht sogar sagen, dass man – wohlgemerkt – in Teilbereichen diesem angestrebten Ziel des Ankommens in der Mitte der Gesellschaft durchaus ein Stück nähergekommen ist. Das kommt nicht ganz von ungefähr, weil sich einfach die Partei, seitdem Udo Voigt Vorsitzender ist, das heißt seit 1996, ganz gezielt der Themen annimmt, die von den klassischen Feldern weggehen, die stumpfes Nachbeten nationalsozialistischer Ideologie beinhalteten, sondern zum Beispiel die soziale Frage aufwirft und damit unter Jungwählern und auch Arbeitslosen und auch im Westen der Republik – das darf man nicht verkennen; ich denke zum Beispiel an das Saarland –

zum Teil für ihre Verhältnisse exorbitant gute Wahlergebnisse erreicht hat. Das ist ein Grund dafür, warum die Partei nun insbesondere unter Jugendlichen sehr stark wirbt und mobilisiert.

Da komme ich auf die Studie von Elmar Brähler zurück, der festgestellt hat, dass rechtsextremistische Einstellungspotenziale mit zunehmendem Alter zunehmen. In der Praxis manifestiert sich das nicht. Die Partei NPD beispielsweise wird zunehmend jünger. Neonazis sind traditionell eher junge Leute. Insofern ist dieser aktionistische Rechtsextremismus eher ein Phänomen der jüngeren Generationen und nicht des Alters.

Das zeigt sich nicht zuletzt auch an der Anzahl der Konzerte, der Skinheadkonzerte, bei denen Texte zu Gehör gebracht werden, die an Aggressivität im Grunde nicht mehr zu überbieten sind und leider Gottes häufig auch als Parteiveranstaltungen der NPD deklariert werden, um es den Behörden zu erschweren oder unmöglich zu machen, diese Konzerte zu verbieten.

Was kann man aus Sicht des Verfassungsschutzes tun? Wir beobachten natürlich in Bund und Ländern sorgfältig den Rechtsextremismus, der ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist. Wir unterrichten die Öffentlichkeit. Das Bundesamt betreibt eine eigene Wanderausstellung unter dem Titel „Die braune Falle“, die sich ganz gezielt an junge Leute richtet.

Ich erinnere auch daran, dass es eine Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien gibt, die wir auch durchaus regelmäßig anschreiben und anregen, bestimmte Tonträger oder Schriften indizieren zu lassen mit der Folge, dass diese nicht mehr frei verkauft werden können. In Bund und Ländern hat es in den letzten 15 Jahren eine Vielzahl von Verbotsmaßnahmen gegeben, die aber zunehmend schwieriger werden. Ich hatte es beim Thema Neonazismus erwähnt: Dieses sogenannte Kameradschaftsmodell unterläuft ganz gezielt die Möglichkeit, Verbote auszusprechen.

Es gibt Aussteigerprogramme verschiedenster Art, zum Beispiel von öffentlichen Trägern, unter anderem des BfV, aber auch von privaten Einrichtungen.

Wenn ich ein Fazit ziehen sollte, würde ich sagen: Trotz der Tatsache, dass wir in Deutschland, wie ich eingangs erwähnte, eine Vielzahl und eine steigende Zahl rechts-extremistischer Straftaten zu verzeichnen haben, halte ich – so schlimm das ist, und so menschenverachtend viele dieser Taten sind – den Versuch der Nationaldemokraten zum Gang in die Mitte insgesamt für langfristig gefährlicher, weil er etwas weniger von der Medienöffentlichkeit beachtet stattfindet und auch der gesellschaftliche Konsens gegen Gewaltanwendung viel größer ist. Da gibt es immer gleich enorme Kritik und den Ruf nach Gegenmaßnahmen, was hingegen bei der Arbeit, auch der Vor-Ort-Arbeit, also der kleinteiligen Arbeit, zum Beispiel der Nationaldemokraten nicht unbedingt der Fall ist.

Herr **Dr. Eisvogel**: Ich werde mich in den wenigen Minuten, die ich habe, auf die NPD konzentrieren, das aufgreifend, was eben vom Bundesamt kam, weil wir denken, dass von der NPD die größte Gefahr für die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes in Hessen ausgeht – und das, obwohl sie mit 400 Mitgliedern nur ca. ein Siebtel des gesamten rechtsextremistischen Personenpotenzials in Hessen darstellt. Sie tut dies

deswegen, weil sie sehr vital und zielstrebig die Strategie, die Herr Hertwig gerade beschrieben hat, diese 4-Säulen-Strategie, in Hessen exekutiert – und das mit einem aktiven, mobilisierungsfähigen und sehr jungen Mitgliederpotenzial.

Das bedeutet konkret Folgendes: Wir rechnen gerade auch mit Blick auf die kommende Landtagswahl mit einer noch steigenden Einflussnahme auf Jugendliche und Schüler. Wir rechnen damit, dass es Versuche geben wird, wieder die „Schulhof-CD“ vielleicht sogar in einer neuen Auflage zu verteilen, um mit rechtsextremistischer Musik insbesondere solche Jugendlichen anzusprechen, die in ihren sozialen Bindungen und ihrer schulischen oder beruflichen Entwicklung noch nicht so gefestigt sind.

Wir gehen auch davon aus, dass es weiterhin zu ganz gezielten Maßnahmen kommen wird, wirtschafts- und sozialpolitische lokale Themen im Wahlkampf aufzugreifen, sorgfältig zu analysieren, wohin die mutmaßliche Mehrheitsmeinung im demokratischen Spektrum neigt, um dann diese Meinung zu übernehmen, sie durch eine gewisse Propaganda fremdzusteuern, die man aufsetzt, um sich zum Anwalt des Volkes zu machen.

Das klappt aus Sicht der NPD immer dann besonders gut – insbesondere in Ostdeutschland –, wenn man emotional belastete Themen nimmt. Genau solch einen Versuch haben wir unlängst bei uns auch registrieren können, als es um den Bau der IGMG-Moschee in Wiesbaden gegangen ist. Dieses Thema ist dann sofort durch die Propagandamaschinerie im Internet der NPD aufgegriffen worden, indem von 2.600 Moscheen in Deutschland die Rede war, die „traurige Zeugen einer zunehmenden Überfremdung“ gewesen seien.

Eine Demonstration ist dann auch postwendend im Dezember 2006 in Wiesbaden organisiert worden. Sie trug den Titel „Stoppt die Islamisierung Europas – keine Moschee auf dem Gräselberg“. Die Strategie war wohl zu offensichtlich. Es ist nicht aufgegangen, einstweilen nicht! Es gab keine Resonanz im demokratischen Spektrum. Es sind lediglich 70 erkannte Rechtsextremisten mitmarschiert, die dann Parolen gerufen haben, die es ermöglichten, den Zug sofort abubrechen. Aber das ist keineswegs eine Garantie für die Zukunft, dass es beim nächsten Mal – aus Sicht der NPD – nicht besser klappt.

Sie versucht im Übrigen, durch ganz neue gedankliche Ansätze ihr rechtsextremistisches Gedankengut auch im Internet zu verbreiten. Wir haben das in unserer schriftlichen Stellungnahme ausgeführt; ich erwähne das hier nur kurz. Wöll selbst, der Chef des Landesverbandes der NPD, setzt eine Nachrichtensendung „Kritische Nachrichten der Woche“ alle 14 Tage in Szene, in der er eine Art von Gegenöffentlichkeit zu kreieren versucht, indem er in einer Nachrichtensendung im klassischen Layout der „Tagesschau“ bundes-, regionalpolitische, aber auch internationale Themen aufgreift und im Stile rechtsextremistischer Agitation verarbeitet – immer hart an der Grenze zum strafrechtlichen Vorwurf, aber intelligent genug, ihn selten zu überschreiten.

Wir müssen davon ausgehen, dass die NPD ganz ernst zunehmend das Vorhaben hat, sich massiv in die Landtagswahl im Januar 2008 einzubringen. Die Ernsthaftigkeit kann ich damit belegen, dass ich darauf hinweise, dass man intensiv versucht, den kommunalen Unterbau dafür zu schaffen: Es werden neue Kreisverbände gegründet, allein im Berichtszeitraum 2006 drei neue, nämlich in Gießen, Hersfeld und Rotenburg.

Man versucht ganz deutlich, Schulungsmaßnahmen zu organisieren, um die Leute zu einem moderaten Auftreten in der Öffentlichkeit zu bewegen. Es ist nicht mehr der Protest mit Bomberjacke gefragt, sondern das gemäßigte Auftreten im Anzug, um für Akzeptanz zu werben.

Wir müssen davon ausgehen, dass Wölls kraftvolle Stellungnahme, er erwarte ein Feuerwerk der Propaganda, das in Hessen seinesgleichen sucht, auch zumindest ansatzweise umgesetzt werden soll. Besonders beunruhigend ist dabei die zunehmende Zusammenarbeit zwischen NPD und Neonazis. Das ist von Herrn Hertwig schon angesprochen worden. Diese enge Zusammenarbeit, ein bundesweiter Trend, ist in Hessen besonders stark ausgeprägt, und zwar einfach deswegen, weil Wölls Vorlauf als Chef der Freien Nationalisten Rhein-Main dazu geführt hat, dass er diese besonders starke Kameradschaft auch in die NPD integrieren konnte und zum Kreisverband Wetterau gemacht hat. Dazu kommt die Kameradschaft Bergstraße, die ebenfalls mittlerweile weitgehend in der NPD aufgegangen ist.

Das führt dazu, dass die NPD aus dem Mobilisierungspotenzial der Neonazis Nutzen zieht und deren Demonstrationserfahrung einbringen wird, was wiederum zu einer Steigerung des Demonstrationsgeschehens schon in 2006 geführt hat und auch in diesem Jahr mit Blick auf den Landtagswahlkampf führen wird. Im vergangenen Jahr hatten wir 20 Demonstrationsanmeldungen. Im Vergleich dazu: Im Jahr davor, 2005, waren es nur sieben. Wir gehen davon aus, dass sich diese Zahl von mindestens 20 in diesem Jahr wieder erreichen lässt.

Zu einem vollständigen Bild der NPD in Hessen gehört aber auch, darauf hinzuweisen, dass es viele Rückschläge und auch einige Misserfolge gegeben hat. Viele Ansätze der NPD sind nicht aufgegangen, zum Beispiel der Aufbau der Jungen Nationaldemokraten als Jugendorganisation der NPD in Hessen. Dort gab es eine zeitweilige Zusammenarbeit zwischen Simon Zimmermann, dem JN-Vorsitzenden, und Wöll. Beide verfolgten dieselben Ziele. Beide hatten die Idee, ganz gezielt auf Jugendliche zuzugehen, was mit der Hilfe der Jugendorganisation noch besser gelungen wäre. Das hat einstweilen ein Ende gefunden, weil Simon Zimmermann aufgrund interner Spannungen zurückgetreten ist und die JN ganz verlassen hat.

Der Aufbau der JN in Nordhessen mit der Hoffnung, dass man da ein ähnliches Erfolgsmodell wie in Südhessen und im mittelhessischen Raum, im Rhein-Main-Gebiet, hätte vollziehen können, etwa eine Einbindung von Neonazi-Kameradschaften, ist einstweilen ebenfalls gescheitert, weil die JN nach dem Austritt von Simon Zimmermann stagniert.

Es gelingt der NPD bislang auch nicht, bundesweit zentrale Demonstrationen nach Hessen zu holen. Auch bundesweite Führungsfiguren wie der Bundesvorsitzende Voigt oder der Neonazi-Führer Christian Worch sind bislang nicht dazu zu bewegen gewesen, sich in Hessen zu engagieren.

Hetzmärsche im letzten August oder auch bei der diesjährigen Mai-Demonstration litten sehr stark darunter, dass es bedeutendere Konkurrenzveranstaltungen außerhalb Hessens gegeben hat. Unter anderem wurde der geplante Hetzmarsch in Fulda nicht zuletzt deswegen abgesagt.

Auch lokale Aktivitäten der NPD finden kaum Resonanz. So gab es eine Idee des Kreisverbandes Main-Kinzig der NPD, über das Internet gezielt Jugendhilfe für Probleme in der Schule und im Beruf in der Hoffnung anzubieten, so mehr Jugendliche ansprechen zu können. Das ist ohne jede erkennbare Resonanz geblieben.

Die Versuche der NPD, etwa durch Kongresse Rechtsextremisten über die Parteigrenzen hinaus anzusprechen, zeigen in Hessen ebenfalls keine Erfolge. Außer den schon vorhandenen und sattsam bekannten Sympathisanten ist niemand angetreten, den wir nicht kennen würden.

Eine Resonanz der Nachrichtensendung „Kritische Nachrichten der Woche“, wie ich sie eben angesprochen habe, gibt es einstweilen übrigens auch nur in einschlägigen rechtsextremistischen Kreisen. Wir haben keine Hinweise darauf, dass das ein besonderes Interesse oder gar eine Sympathie im demokratischen Spektrum findet. Aber auch hier muss ich betonen, dass dies keineswegs eine Garantie für die Zukunft darstellt; denn ich gehe davon aus, dass Wöll die Versuche, sich über das Internet weiter zu verbreiten, fortsetzen wird.

Insgesamt möchte ich feststellen, dass wir großen Anlass zur Wachsamkeit und Sorge haben, dass wir die NPD weiterhin sehr intensiv beobachten werden und vor allen Dingen mit Sorge verfolgen, wie aktiv sie ein durchdachtes Konzept vermittelt, um sich in die gesamtgesellschaftliche Mitte hineinzubegeben.

Es ist ihr gelungen – so unser Eindruck –, ihren Aktionshorizont zu erweitern, allerdings lediglich durch eine Zusammenarbeit mit oder in einer Kooperation von Neonazis. So hat sie also ihren Einflussbereich auf – das möchte ich betonen – bereits rechtsextremistisch vorgeprägte Jugendmilieus erweitert. Es gibt noch keine aus Sicht des Landesamtes bedeutsamen Anzeichen für eine flächige Mobilisierung im Bereich des demokratischen Spektrums. Ein diesbezügliches Vorhaben, eine diesbezügliche Absicht müssen wir allerdings unterstellen. Insofern – siehe oben – besteht großer Anlass zur Wachsamkeit, das weiter zu verfolgen.

Aus meiner Sicht ist besonders wichtig zu verhindern, dass junge Menschen in die Isolation oder in die Distanz zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abgleiten, was sie empfänglich machen würde für jede Form von Extremismus, aber eben gerade auch für die Form des Rechtsextremismus.

Herr **Rexroth**: Herr Vorsitzender! Ich erlaube mir zwei Vorbemerkungen: Der Begriff „IKARus“ könnte an einen abstürzenden Vogel erinnern. Das sind wir aber nicht, weil wir seit vier Jahren in der praktischen Arbeit sind und wohl auch für die nächsten Jahre kontinuierlich arbeiten können.

Wichtig ist auch noch, darauf hinzuweisen, dass wir nicht klassische Aussteigerarbeit machen, sondern vier Arbeitsschwerpunkte vertreten:

Zum einen ist das in der Tat Arbeit mit Aussteigern, Leuten, die drohen, in die Szene abzurutschen, und deren Eltern.

Als zweiten Schwerpunkt nehmen wir das, was wir in unserem Arbeitsjargon „Intervention“ nennen. Dort, wo die rechte Szene auf allen Ebenen aktiv ist – dazu werde ich

noch etwas sagen –, versuchen wir, in Kooperation auch mit anderen Institutionen wirksam zu werden.

Drittens. Wir machen Fortbildung für Lehrer, Sozialarbeiter, Polizeibeamte, Bürgermeister usw.

Als vierten Schwerpunkt unterstützen wir Bürgerinitiativen, aber auch runde Tische in unterschiedlichen Gemeinden, die mit dem Rechtsextremismus konfrontiert sind.

Das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen“ mit der Geschäftsstelle IKARus ist, was bundesweit nach meinem Eindruck wohl einmalig ist, ein ressortübergreifendes Programm, das von der Grundkonstruktion her vier Ressorts verbindet, weil die Problematik Rechtsextremismus nicht nur eine pädagogische Frage ist, nicht nur eine strafrechtliche, staatschutzpolizeiliche Aktivität, nicht nur eine juristische Frage bei der Verurteilung von Straftätern und natürlich auch nicht nur eine Frage der außerschulischen Jugendbildung, sondern in diesem Konzept von Anfang an versucht wird, die Problematik auf diesen vier Ebenen zusammenzudenken und dort strategisch voranzukommen.

Zur Problematik „Rechtsextremismus in Hessen“ ist von meinen Vorrednern sehr viel gesagt worden. Ich will deshalb für unsere Diskussion bestimmte Punkte setzen, die bisher so nicht genannt worden sind.

Herr Dr. Eisvogel hat schon darauf hingewiesen, dass die NPD im letzten Jahr in Hessen doch erhebliche Probleme bei vielen Aktivitäten hatte. Ich will nur einmal ganz kurz nennen: Sie ist bei der Bürgermeisterwahl in Butzbach angetreten. Alle hatten befürchtet, Herr Wöll und seine Mannschaft hätten dort eine hohe Resonanz. Der Kandidat, Herr Waldschmidt, auch Vorstandsmitglied, hat 170 Stimmen bekommen, 14.500 Stimmen sind abgegeben worden. Das muss man sich also sehr genau anschauen.

Sie hatten auch darauf hingewiesen, dass es beispielsweise am letzten Wochenende in Wiesbaden wieder Mahnwachen und Informationsstände gab. Daran haben zwölf Personen aus der rechten Szene teilgenommen, teilweise sogar Leute, die nicht aus Hessen waren. Auch bei den Demonstrationen, die jetzt in Rüsselsheim/Raunheim stattgefunden haben, ist sicherlich ein Drittel der Teilnehmer nicht aus Hessen gewesen. Sie reisten an aus Bayern, aus Rheinland-Pfalz usw. Das zur Basis!

Ich will die Einwirkungsmöglichkeiten nicht kleinreden, möchte aber darauf hinweisen, dass wir bei der Betrachtung des Rechtsextremismus verschiedene Differenzierungen vornehmen müssen. Zum einen ist es in der Tat die NPD. Die freien Kameradschaften haben sich teilweise aufgelöst, und es existieren nach unserer Kenntnis nur noch zwei funktionierende Kameradschaften. Das sind die Freien Nationalisten Rhein-Main und die Berserker in Kirdorf. Alle anderen, die vor drei oder vier Jahren noch sehr aktiv waren, haben mittlerweile ihre Aktivitäten eingestellt.

Wichtig aber für eine Betrachtung der rechten Szene und für eine Intervention ist, dass wir den Rechtsextremismus, wie wir das als Arbeitsbegriff nennen, als Jugendkultur vorfinden. Das sind also Jugendliche, die nicht parteipolitisch gebunden sind, die keiner Kameradschaft angehören, aber die sehr der rechten Ideologie zuneigen.

Wir haben jetzt in Kooperation mit der Uni Marburg Kommunen in Hessen und da den Bereich der Jugendarbeit abgefragt, welche Kenntnis sie von rechten Jugendcliquen in Hessen haben. Wir kommen auf etwa 30 bis 35 Jugendcliquen, die sich selbst als rechte Gruppierungen definieren. Die sind nicht parteipolitisch gebunden, sie gehören keiner Kameradschaft an, sie vertreten aber zu großen Teilen rechte Ideologien, hören rechte Musik, sie nehmen an Veranstaltungen teil. Es ist sehr wichtig, das zu bedenken.

Noch ein paar Aspekte zu der Frage: Wer ist das eigentlich? Es sind einige wissenschaftliche Erkenntnisse dargestellt worden. Ich kann aus meiner Praxis sagen: Ich habe in den letzten vier Jahren vielleicht mit 80 oder 90 Rechtsextremisten gesprochen, die wir teilweise in den Ausstiegsprozess gebracht haben. Sie haben alle Gruppierungen dieser Gesellschaft dort vertreten. Sie haben die Bandbreite von dem Finanzoberinspektor bis zum arbeitslosen Jugendlichen. Das muss man halt bedenken.

Wichtig ist auch: Es gibt vielleicht die Idee, dass von dem unmittelbaren Elternhaus her die Jugendlichen beeinflusst sind. Das lässt sich aus empirischer Erfahrung auch nicht sagen. In aller Regel haben die Eltern erhebliche Bedenken, was die Freizeitgestaltung und Orientierung der Jugendlichen angeht. Das ist meines Erachtens auch ein ganz wichtiger Punkt für die Intervention.

Ein weiterer Aspekt der Intervention: Was kann man eigentlich tun? Es ist sehr viel Hoffnung auf Schule und intellektuelle Aufklärung gelegt worden. Sie hatten gesagt: Wer viel weiß, der wird sich nicht rechtsextremistisch orientieren. Der Einstieg in den Rechtsextremismus ist eine emotionale Frage und keine Frage der logischen Einschätzung, dass man sagt: Bitte schön, ich will bestimmte Ideen weiter vertreten.

Grob zusammengefasst, gibt es vier Motive für Jugendliche, sich in der rechten Szene zu organisieren. Das eine ist, dass durch die rechte Szene natürlich ein Angebot gemacht wird, auf relativ einfache Weise die Welt zu erklären: Wer ist schuld an dem eigenen Zustand, wie ist die Gesellschaft dargestellt? Es geht um eine bestimmte Form von politischer Aufklärung.

Man sollte nicht den zweiten Aspekt unterschätzen, der in den Begriff „Kameradschaften“ eingeht. Es gibt ja ein Angebot der rechten Szene. Man kann das heftig kritisieren, aber die Kameradschaften funktionieren in sich, indem sie Sicherheit anbieten, indem sie Freizeitgestaltung anbieten, indem sie Aufhebung der Isolation anbieten.

Der dritte Grund ist: Es gibt eine eindeutige Form von rechter Jugendkultur, die Identifikationsmöglichkeiten schafft. Ob ich das gern mag oder nicht, ist eine andere Frage; aber die Realität ist: Über Kleidung, über eine bestimmte Form von Musik, über eine Kommunikationsstruktur, über das Internet hat man eine Form von jugendlichem Ausdruck, der für Lebensgestaltung halt relevant ist.

Der vierte Punkt – den man auch nicht unterschätzen sollte – ist, dass Jugendlichen, die oppositionell zu ihrer Elterngeneration, zu den Lehrern sein wollen, natürlich die rechte Szene eine ideale Fläche anbietet. Wann wird der Lehrer aufgeregt? Dann, wenn man ein Hakenkreuz an die Tafel geschmiert hat. Oder: Worüber regen sich die Eltern auf? Das sind alles Aspekte, die man mit bedenken muss.

Ich möchte noch kurz darauf eingehen, welche Strategien des Umgangs vor allem mit diesen jugendlichen Subkulturen/Jugendkulturen denn sinnvoll sind. Erstens hat es im

letzten Jahr eine bundesweite Kampagne von ProPK gegeben, also einer Organisationsstruktur innerhalb der Innenministerkonferenz und der Landeskriminalämter, bei der an allen weiterführenden hessischen Schulen – das ist meines Erachtens auch wichtig für die Debatte, was sich umsetzt und nicht umsetzt – eine DVD mit dem Titel „Neue Erscheinungsformen des Rechtsextremismus: Wölfe im Schafspelz“ verteilt worden ist, nicht durch einen Brief, sondern durch persönliche Ansprache von Jugendkoordinatoren und Staatsschutzbeamten der hessischen Polizei.

Die Schulen wissen also um die Problematik. Wir haben exemplarisch mit dem Polizeipräsidium Mittelhessen alle Bürgermeister der Landkreise Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf, Gießen und Wetterau zu der ganzen Problematik Rechtsextremismus und Erscheinungsformen und möglichen Aktivitäten in ihren Gemeinden angesprochen und mit ihnen die Strategie diskutiert: Was mache ich denn eigentlich, wenn mein Dorfgemeinschaftshaus wie jetzt am 31.12. in Bad Emstal angemietet werden soll?

Wir haben mit den Sozialarbeitern schätzungsweise 200 bis 220 Schulleiter noch einmal speziell informiert.

Ich gehe also davon aus, dass das Thema Rechtsextremismus in Hessen flächendeckend bekannt ist. Die Frage ist: Warum wird in welcher Weise und wie darauf reagiert? Dazu sind viele Aspekte genannt worden, nämlich auch die Frage, dass die Schule natürlich ihren Ruf nicht verlieren will.

Viel wichtiger aber ist die Fähigkeit der Lehrer, sich mit dieser Problematik sowohl auf der Faktenebene – das muss man sich auch vor Augen führen – als auch auf der emotionalen Ebene auseinanderzusetzen, dass Jugendliche, die sich rechtsextremistisch äußern, als Bedrohung empfunden werden und man teilweise auch keine Strategien hat, damit umzugehen. Deshalb ist sicherlich Lehrerfortbildung in diesem Kontext wichtig.

Welches Resümee würde ich daraus ziehen? Es hat schon die Frage im Raum gestanden: Ist es nicht sinnvoll, an der Staatskanzlei eine Koordinierungsstelle anzubinden? Das ist eine Entscheidung des politischen Raumes.

Das Innenministerium, Frau Staatssekretärin Scheibelhuber, und der Staatssekretär im Sozialministerium, Herr Krämer, haben sich beim Bund um ein Bundesprogramm bemüht, bei dem es um den Aufbau von Beratungsnetzwerken, von mobilen Interventionen gegen Rechtsextremismus geht. Wir haben sehr gute Hoffnung, dass wir für die nächsten dreieinhalb Jahre über ausreichende Finanzmittel verfügen, um ehrenamtliche Initiativen, um bestimmte Projekte kontinuierlich und langfristig zu unterstützen, die sich mit der Intervention im Bereich des aktiven Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Deshalb denke ich, wir sollten zwei Sachen in der Strategie tun: Einmal ist es sehr wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass es keine isolierte Auseinandersetzung geben kann. Wir haben es überall, wo Aktivitäten notwendig waren, ob in Gladenbach, in Kirdorf oder Butzbach, immer wieder als Erfolg erlebt, wenn die politisch Verantwortlichen sich an die Spitze von bestimmten Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus gestellt haben. Das erwarten die Bürger ganz schlicht, dass sich ihre Vertreter positionieren. Wenn sie das nicht tun, fragen sich die Bürger: Warum sollen wir uns aktivieren? Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Außerschulische Jugendhilfe, schulische Arbeit und Repression müssen zusammenwirken. Es gibt manchmal in diesem Kontext Berührungspunkte zwischen Initiativen und Polizei und umgekehrt, aber den Rechtsextremismus können Sie auch nicht bekämpfen, wenn Sie keine Konsequenzen anbieten können. Wenn Sie in Hoch-Weisel – das ist der Ort, in dem der Landesvorsitzende der NPD wohnt – keine Durchsuchung machen, dann sagen die Bürger irgendwann einmal: Wenn das rechtlich gegeben ist, muss eng und streng repressiv der Rechtsextremismus bekämpft werden, also mit Staatsschutzmitteln. Diese Aspekte haben dann, zusammengeführt, die höhere Wirksamkeit.

Das, so denke ich, ist die ganz zentrale Überlegung dabei. Von den Ressourcen her kann man dann davon ausgehen, dass, wenn die Bundesmittel und die Ressourcen der einzelnen Institutionen der Ministerien und der polizeilichen Dienststellen und die pädagogischen Kompetenzen in den Schulämtern zur Verfügung stehen, man ein strategisch sehr umfassendes und wirksames Konzept entwickeln kann.

Herr **Vogel**: Ich glaube, ich bin einer der wenigen, die sich nicht hauptberuflich mit dem Themenkomplex Rechtsextremismus beschäftigen. Das Mobile Beratungsteam hat sich vor vier Jahren in Anlehnung an ostdeutsche Beratungsteams gegründet, weil wir uns gesagt haben: So, wie sich die rechte Szene in Ostdeutschland in den letzten zehn Jahren verändert hat, lernen sie auch hier in Westdeutschland davon. Und so, wie in Ostdeutschland dagegen vorgegangen wird, sollte man das auch in Westdeutschland tun. In der Hauptsache arbeiten wir ehrenamtlich und zum Teil auf Honorarbasis. Das macht die Arbeit manchmal auch in Bezug auf eine gewisse Kontinuität, Prozesse zu begleiten, schwierig.

Wir haben in unserer Stellungnahme geschrieben, dass wir, da wir in Kassel sitzen, uns in der Hauptsache auf Nordhessen beschränken. Da beobachten wir in letzter Zeit ein offensiveres, aggressiveres Auftreten der rechtsextremen Szene, zum Teil aber auch ein versteckteres. Das wurde hier ja mehrfach gesagt, dass man sich unter einem klassischen Rechtsextremen nicht mehr zwingend einen männlichen Skinhead mit Bomberjacke und Springerstiefeln vorzustellen hat.

Wir beobachten mit Sorge, dass es der rechten Szene in Nordhessen gelungen ist, inhaltliche Differenzen zu überbrücken. Das hat sich zum Beispiel bei der letzten Kommunalwahl in zwei Landkreisen gezeigt, wo von Republikanern bis hin zu verurteilten Gewalttätern aus der Hooligan-/Kameradschaftsszene Wahlbündnisse aufgestellt werden konnten. Das kannten wir bisher nicht.

Diese Leute tauchen zum Teil auch zusammen auf Veranstaltungen auf, die gegen Rechtsextremismus angeboten werden. Inzwischen ist es so – auch das ist neu –, dass, sobald man eine Veranstaltung zum Thema Information über Rechtsextremismus in der Region oder allgemein macht, diese Leute auftauchen, Einlass in solche Veranstaltungen begehren und sich zum Teil auch zu Wort melden. Das war mir bisher nur aus Ostdeutschland bekannt.

Es wird massiv Material verteilt, zum Beispiel Aufkleber, Flugblätter. Ich habe ganz gebannt dem Kollegen vom Verfassungsschutz zugehört, der sagte, man rechne mit einer neuen Schulhof-CD mit Blick auf die Landtagswahl im nächsten Jahr. Das kann ich mir sehr gut vorstellen.

Wir sehen einen Bedarf – ich will nicht alles wiederholen, was wir an Beispielen in unserer Stellungnahme aufgeführt haben –, dass es vor Ort hessenweit Ansprechpartner gibt, die auf Augenhöhe mit den von Rechtsextremismus Betroffenen, vor allem mit Opfern von Rechtsextremismus auftreten. Die Polizei leistet zum Teil sehr gute Arbeit bei Straftaten oder auch bei dem Thema Konzerte. Allerdings ist die Hemmschwelle bei einigen Leuten sehr hoch, sich an die Polizei bzw. an eine Stelle in Wiesbaden zu wenden. Und was macht man eigentlich, wenn es keine Straftaten gibt, weil die rechte Szene ja dementsprechend auch gelernt hat? Also: Subtilere Strategien der Rechten erfordern auch Ansprechpartner, die nicht erst dann tätig werden, wenn Straftaten vorliegen, sondern wenn der Verdacht auf Straftaten vorliegt.

In dem Zusammenhang begrüßen wir das von Herrn Rexroth angedeutete Bundesprogramm mit mobilen Interventionsteams sehr. Allerdings halten wir es für sehr wichtig, dass auch aus Politik und Verwaltung Zeichen gesetzt werden. Als kleines Beispiel: In Kassel gab es einmal eine große Auseinandersetzung über einen Moscheebau. Damals war die rechte Szene noch nicht in der Lage, sich dort aktiv einzumischen. Es ist zu erwarten, dass diese Diskussion um einen Moscheeumbau mit Minarett wieder entbrennt. Damals haben sich sowohl die Leute, die diese Moschee geplant haben und sie bauen wollten, als auch Vertreter aus der Mehrheitsgesellschaft wie Kirchen relativ allein gelassen gefühlt. In Bezug auf Rechtsextremismus scheint es mir sehr wichtig, dass auch aus der Politik und von den jeweiligen Kommunen und aus den Verwaltungen klare Zeichen gesetzt werden, wofür man steht, nämlich für eine vielfältige, tolerante Gesellschaft, und sich sozusagen aus der Deckung bewegt.

Das Thema darf nicht allein an Experten delegiert werden, so notwendig das ist. Es ist aus unserer Sicht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und das muss auch klar werden, gerade wenn es darum geht, dass Schulen oder einzelne Dörfer sich nicht trauen, das Problem zu benennen, weil sie Angst haben, dass ihr Ruf beschädigt werden könnte. Gerade vorgestern hatten wir eine Anfrage. Dabei ging es um eine Schule, die bei dem Programm „Schule und Rassismus“ mitmachen wollte. Die Schüler haben die erforderliche Mehrheit zustande gebracht, aber das Lehrerkollegium war dagegen.

Das schließt auch ein bisschen an das an, was Herr Professor Henkenborg gesagt hatte: positive Anerkennungserfahrungen von Schülern. Das sollte sowohl von Multiplikatoren, von Lehrern als auch aus der Politik kommen, also ein Klima entstehen, in dem es selbstverständlich ist, sich gegen Intoleranz und Rechtsextremismus zu engagieren und das nicht als Makel zu sehen: Oh, wir könnten in Verruf geraten, weil wir ein Problem mit Rechtsextremismus haben. – Genau das Gegenteil müsste der Fall sein! Da sind wir als kleiner Verein in Kassel gefragt, aber auch Sie als parlamentarische Vertreter, sich eindeutig zu positionieren.

Frau Willmann: Es wurde schon vieles zum organisierten Rechtsextremismus in Hessen gesagt. Deswegen sage ich jetzt nicht mehr viel dazu.

Uns im Netzwerk für Demokratie und Courage fällt auf, dass es sich eben nicht nur um organisierten Rechtsextremismus handelt, sondern wir werden sehr oft von Jugendlichen mit rassistischen oder chauvinistischen Einstellungsmustern konfrontiert, die sich selber aber gar nicht unbedingt als rechtsextrem bezeichnen würden.

Wir gehen davon aus, und das haben auch Studien gezeigt, dass rassistische und anti-semitische Einstellungen auch in großen Teilen der Bevölkerung selbst verbreitet sind, sodass ich denke, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht allein mit repressiven Methoden gewährleistet werden kann. Es muss neben dem interventionistischen Bereich, was gerade geschildert worden ist, eben mehr und verstärkt präventive Arbeit geben.

Wir stellen bei vielen jungen Menschen fest – wir machen dazu keine Erhebungen, aber wir haben eine Evaluation von unseren Projekttagen –, dass es da eine Akzeptanz gibt und eine Gewöhnung auch an rechte und rechtsextreme Orientierungen, Lebensbilder und Kultur, sodass zum Beispiel bestimmte Marken, die früher nur von bekennenden Neonazis getragen worden sind, jetzt auch von „ganz normalen Jugendlichen“ getragen werden, auch bestimmte Symbole getragen werden, die jetzt einfach ganz normal geworden sind, wo sich niemand mehr etwas dabei denkt, dass bestimmte Bands, die im rechtsextremen Spektrum bekannt sind, jetzt auch ganz normalen Jugendlichen bekannt sind.

Ich zitiere einmal einen Multiplikator, der bei uns im Netzwerk Demokratie und Courage Projekttag durchführt. Der beschreibt eine Situation bei einem Projekttag in einer Kleinstadt in Nordhessen:

9. Klasse kurz vor den Bundestagswahlen. Im ganzen Ort NPD-Plakate auf Kniehöhe, aber keines beschädigt oder eingerissen. In den im Projekttag gebastelten Jugendclubs wird deutsche Volksmusik gehört, und ansonsten kamen viele unqualifizierte Aussagen. „Keine organisierten Nazis, aber dumm-deutscher Bodensatz“, Zitat Lehrer. Ich muss ihm da Recht geben. Ich denke nicht, dass es in der Region viele Übergriffe gibt. Falls ja, wird es sicher nicht als politische Tat im Polizeibericht auftauchen, aber das Potenzial ist groß, und Punk möchte ich da auch nicht sein.

Das ist schon eine Weile her, und die Entwicklung in Nordhessen wurde ja gerade schon aufgezeigt.

Wir, das Netzwerk für Demokratie und Courage, setzen uns in Hessen aus dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend und der DGB-Jugend zusammen. In vielen anderen Bundesländern sind noch weitere Netzwerkpartner an dem Projekt beteiligt, aber in Hessen steht das nur auf den Füßen der zwei Organisationen, die zwar noch relativ groß sind; wir können aber trotzdem das Projekt in dem Umfang, in dem es eigentlich einen Bedarf gibt, gegenwärtig nicht mehr schultern.

Ich habe schon gesagt: Es gibt eher einen präventiven Ansatz in unserem Projekt; aber es ist festzustellen, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer anrufen, die eher eine Feuerwehr suchen. Sie rufen an und sagen: Bei uns gibt es Neonazis in der Klasse. Dann erwidere ich: Dafür sind wir gar nicht ausgerichtet; denn wir wollen eigentlich eine Gegenkultur stärken. Wir wollen demokratische Gesinnung fördern und sind keine Feuerwehr. Sie wollen trotzdem, dass wir kommen. Sie wollen auch nicht unbedingt dem Direktor sagen, dass es in der Schule das Problem gibt, weil die Schule kein schlechtes Image kriegen soll. Das Problem haben wir also des Öfteren.

Wir kommen dann trotzdem in die Klassen, weil wir angefragt werden und weil wir unser Bestes geben wollen; aber unser eigentliches Ziel ist es, eine demokratische Kultur zu

stärken und schon präventiv gegen Fremdenfeindlichkeit alternative Handlungsoptionen aufzuzeigen und ein demokratisches Selbstverständnis zu fördern.

Dieser Anspruch an Demokratie zieht sich als roter Faden durch alle Konzeptionen unserer Projektstage. Die Projektstage sind eben das Kernstück unserer Arbeit.

Insgesamt haben wir in Hessen drei Projektstage zu den Themen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit; im anderen geht es eher um Utopien, im dritten Projekttag geht es stärker um die Frage: Was tun gegen rechts? Das Bedauerliche daran ist, dass wir nicht mehr so oft angefragt werden, einmal vorbeizukommen: Wir haben Jugendliche, die aktiv werden wollen. – Eher werden wir umgekehrt angefragt, weil es rechte Jugendliche in den Schulklassen gibt.

Die Projektstage werden in Schulklassen durchgeführt, aber auch mit Auszubildenden. Zum Beispiel haben wir einmal eine Reihe von Projekttagen in der Ausbildungswerkstatt von Opel in Rüsselsheim oder bei der Telekom durchgeführt. Auch dorthin gehen wir gern.

Was unserer Meinung nach in Hessen getan werden muss: Aus unserer Sicht reichen die repressiven Mittel allein nicht. Man muss stärker die präventiven Methoden ausbauen und auch die zivilgesellschaftlichen Akteure mit einbeziehen und nicht nur die sowie schon institutionalisierten.

Für eine wirkungsvolle Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen unserer Ansicht nach regionale und lokale Projekte vor Ort gefördert werden, das heißt: auch Bürgerinitiativen und all diejenigen, die Interesse daran haben, sich an der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu beteiligen und das Ganze auf möglichst breite Füße zu stellen.

Die schulische und außerschulische Bildungsarbeit auf diesem Gebiet ist als Beitrag zur Demokratieerziehung zu verstehen und muss dementsprechend ausgebaut werden. Deswegen würden wir uns natürlich auch freuen, wenn die Landesregierung Projekte wie unseres und ähnliche stärker fördern würde, weil wir den Bedarf, den es seitens der Schulen gibt, gar nicht mehr abdecken können. Wenn wir von Schulen gefragt werden, ob wir in die Klassen kommen, müssen wir absagen, weil wir leider kein Geld mehr zur Verfügung haben.

Abg. **Peter Beuth:** Ich wollte an Herrn Hertwig eine Nachfrage stellen, weil ich eben den Eindruck hatte, dass Sie davon gesprochen haben, dass die Anzahl der Delikte insgesamt, was Hessen angeht, gestiegen sei. Nach dem, was die Polizeiliche Kriminalstatistik bei uns ausweist, ist es so, dass sich zumindest die Gewaltdelikte auf einem niedrigen und eher sinkenden Niveau befinden, aber auch was die bundesweite Ausrichtung angeht, eher im hinteren Bereich verortet sind. Die Gewaltdelikte in Hessen sind zumindest nach dem, was ich weiß, erstens auf einem niedrigen Niveau und zweitens bundesweit eher im hinteren Feld als vorn verortet.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Vorsitzender, ich möchte mich an erster Stelle bei denen bedanken, die hier sozusagen aus dem Ehrenamt heraus für uns Stellung genommen haben. Ich fand das sehr interessant, gerade auch die Schilderungen derer, die mit

mobilen Beratungsteams unterwegs sind. Das halte ich für einen sehr interessanten Ansatzpunkt.

Ich würde gern von Ihnen erläutert haben, wie Sie die Ausstattung, die Sie haben, beurteilen, ob es sinnvoll ist, solche mobilen Einsatz- oder Beratungsstellen nicht nur in Nordhessen, sondern in Nord-, Mittel- und Südhessen zu haben. Ich glaube, dass das auch für junge Menschen eine richtige Ansprache Richtung Streetworker ist. – Das wären die beiden Fragen, die ich an Sie richte. Eine Aussage von Frau Willmann war ja auch, dass sie „Feuerwehr“ spielen müssen, obwohl sie sich eine andere Zielsetzung gegeben haben. Das ist ja auch ein Zeichen dafür, dass da eigentlich etwas fehlt.

Dann würde ich gern auf Herrn Rexroth eingehen. Da möchte ich zunächst eine Anmerkung machen: Das mit der Staatskanzlei, was in unserem Antrag steht, ist ein Vorschlag. Deswegen haben wir uns auch alle gemeinsam auf diese Anhörung geeinigt, weil wir alle nicht geglaubt haben, den Stein des Weisen gefunden zu haben. Deswegen haben wir Sie ja eingeladen und wollen uns von Ihnen beraten lassen. Manchmal funktioniert das nicht; aber man kann ja während solcher Beratungen auch klüger werden.

Sie haben in Ihren Ausführungen eine Passage, die ich sehr interessant finde:

Aus unseren Erfahrungen wissen wir, dass sich diese Aktivitäten vorwiegend im ländlichen und kleinstädtischen Raum abspielen.

Die Frage an Sie, wenn Sie das beobachten: Hat das etwas damit zu tun, welche Angebote an diesen Personenkreis, also insbesondere junge Menschen, im ländlichen Raum gemacht werden?

Dann würde ich gern auf eine weitere Bemerkung eingehen, die Sie in Ihrer Stellungnahme gemacht haben. Da sagen Sie:

Eine verbindliche und langfristig gesicherte Infrastruktur im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendarbeit ist zielführend.

Auf der einen Seite sagen Sie also, der ländliche Raum ist ein Problem. Dazu würde ich sagen, dass das auch etwas damit zu tun hat, dass Angebote nicht vorhanden sind. Auf der anderen Seite sagen Sie, diese Angebote müssten gemacht werden. Ich interpretiere das einmal so – ich bitte Sie, dazu etwas auszuführen –, dass wir im Bereich der Sozialarbeit eine ganze Menge nachzuholen haben, auch an Angeboten für Jugendliche, weil Jugendliche dann natürlich auch nur ansprechbar für diese rechtsextremen Tendenzen sind.

Abg. **Torsten Schäfer-Gümbel:** Dank des Beitrags von Herrn Frömmrich kann ich die Hälfte meiner Fragen streichen. – Ich möchte mich zunächst einmal bei Herrn Rexroth ganz herzlich für die Bemerkung bedanken, welchen Beitrag öffentliche Positionierungen aus der Politik leisten können, weil es auch im politischen Raum gelegentlich Debatten darüber gibt, dass man am besten nichts zu den Umtrieben von rechts sagt und das Problem sich damit erledigt. Das haben wir beispielsweise in Butzbach erlebt. Insofern bin ich sehr dankbar für diese Einlassung.

Ich habe zwei Fragen an das Bundesamt und an das Landesamt. Sie haben sich sehr stark auf das Thema „NPD“ konzentriert. Dazu habe ich eine Nachfrage, nämlich hinsichtlich der Rolle der NPD in den Hochschulen: Welche Entwicklungen nehmen Sie dort wahr, und – das geht dann im Prinzip in die Ausführungen von Frau Kurth über – welche Rolle spielt aus der Sicht des Landesamtes bzw. des Bundesamtes die Einflussnahme von NPD einerseits auf bestimmte Burschenschaften und Verbindungen? Vice versa: Welchen Einfluss nehmen bestimmte Burschenschaften auf die NPD? Herr Gansel ist ein Extrembeispiel, aber sicherlich nicht das einzige.

Der zweite Punkt, der mich interessiert, trifft die Frage der Grenzbereiche, nämlich der medialen Umsetzung der sogenannten intellektuellen Rechten. Das Landesamt für Verfassungsschutz in NRW hat sich vor einiger Zeit mit dieser Frage im Rahmen eines Kongresses beschäftigt. Hier würde mich insbesondere Ihre Bewertung interessieren, und zwar unabhängig von dem Gerichtsurteil, das sich ja sehr stark mit dem Kern des Verfassungsschutzgesetzes beschäftigt hat, welche Rolle die „Junge Freiheit“ und ähnliche Medien aus Ihrer Sicht bei dem Versuch spielen, in die gesellschaftliche Mitte zu wirken.

Abg. **Karin Hartmann:** Ich habe eine kurze Frage insbesondere an Herrn Dr. Eisvogel: Wie weit treffen die Aussagen, die Sie für Hessen gemacht haben, auch auf die Region Rhein-Neckar zu? Ich war vor etwa zwei Jahren auf einer länderübergreifenden Fachtagung zum Thema Rechtsextremismus. Dort ist ausgeführt worden, dass der Raum Rhein-Neckar zum zweiten Standbein und insbesondere zum intellektuellen Zentrum der NPD und der Bündelung von rechtsextremen Strömungen gemacht werden soll. Gibt es darüber jetzt neue Erkenntnisse?

Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt):** Die eine Frage richte ich an Herrn Rexroth und Herrn Eisvogel. Herr Eisvogel hat gesagt, dass er für die Landtagswahl erneute Aktivitäten erwartet. Er hat es so formuliert, dass er von dem Versuch der Rechten, aller möglichen Gruppierungen, gesprochen hat, in die politische Mitte vorzudringen. Dazu habe ich eine Nachfrage, die möglicherweise diese Anhörung sprengt. Ich will es daher nur ganz kurz machen. Dieser Versuch des Eindringens in die Mitte wird zurzeit im Jüdischen Museum mit der Ausstellung über Bubis' Leben dokumentiert. Ich nehme an, dass Sie nicht die Auseinandersetzung Bubis – Walser meinen.

Deshalb frage ich Sie: Haben Sie Erkenntnisse über methodische Möglichkeiten von Gruppierungen, sozusagen in die Landtagswahl einzudringen? Was heißt das: Ideologisch-programmatische Mitte in Kooperation mit irgendwelchen Gruppierungen, oder sind das Ansprachen von einzelnen Personen, die dann auch kandidieren sollen, vielleicht mit Unterstützung durch die beiden Landtagsfraktionen aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, was wir ja aus anderen Wahlen auch kennen?

Abg. **Holger Bellino:** Zunächst möchte ich mich den Vorrednern anschließen, die sich bei den Anzuhörenden bedankt haben, auch bei denen, die schriftliche Stellungnahmen abgegeben haben; denn das war mit Sicherheit erhellend.

Ich möchte einen kleinen Widerspruch anmelden, ohne das weiter ausführen zu wollen. Ich denke, dass sich alle demokratischen Parteien einig sind, wenn es gilt, sich an die

Spitze gegen rechts oder links oder andere Extreme zu stellen, um unsere Demokratie zu verteidigen, um zu zeigen, dass die Demokraten eben gewisse Dinge nicht wollen. Ich erinnere an Königstein, wo dies in sehr eindrucksvoller Weise stattgefunden hat und dann auch das gewünschte Ergebnis hatte.

Ich habe eine Frage an Herrn Hertwig und Herrn Dr. Eisvogel bezüglich der kurz angesprochenen Steigerung im Bereich des Rechtsextremen. Da würden mich die Zahlen interessieren, auch im Vergleich zu anderen extremistischen Bewegungen. Ich glaube, Herr Kollege Beuth hat Recht, dass wir dort immer noch eine – im positiven Sinne – Spitzenposition haben, wenn man das von der negativen Reihenfolge her sieht.

Die zweite Frage: Herr Dr. Eisvogel, Sie sprachen davon, dass die Rechtsextremen erfreulicherweise keine großen Erfolge in Hessen haben, wenn es um das Organisieren von bundesweit bedeutsamen Aufmärschen, bundesweit bekannten Rednern, aber auch von Hilfsangeboten – Nachhilfe und Ähnliches – oder auch von Kongressen geht. Ist das aus Ihrer Sicht ein Zufallsereignis, sodass wir dort höllisch aufpassen müssen, oder hat das etwas damit zu tun, dass wir in Hessen vielleicht bessere Programme haben als andere?

Die letzte Frage geht an Frau Willmann. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagen – ich hatte vorhin schon einmal gefragt –, diese Vernetzung zwischen schulischen und außerschulischen Angeboten verschiedenster Träger, egal, wer es ist, ist der richtige Weg, um die jungen Menschen davon abzuhalten, also präventiv zu wirken?

Herr **Hertwig**: Herr Vorsitzender, ich bin nach den Straftatenzahlen gefragt worden. Die Zahl der Gewalttaten von rechts ist nach den Zahlen, die ich vom BKA bekommen habe, in Hessen von 25 auf 28 angestiegen. Dabei bleibe ich. Im Übrigen hatte ich in meinem Vortrag gesagt, dass Hessen, wenn man die Zahlen auf je 100.000 Einwohner herunterbricht, in positiver Hinsicht ganz weit hinten steht. Ich hatte eben etwas pauschalisierend gesagt „im letzten Viertel“, das heißt, genauer gesagt: an drittletzter Stelle. Das wäre die Antwort auf die Frage nach den Zahlen.

(Abg. Holger Bellino: Und links?)

– Die Straftaten von links sind in Hessen auch leicht angestiegen, wenn auch nicht so stark. Aber das ist ja nicht Thema der heutigen Anhörung.

(Abg. Günter Rudolph: Das ist auch eher ein Nebenkriegsschauplatz, der da initiiert wird! – Abg. Holger Bellino: „Nebenkriegsschauplatz“ sollten wir zurücknehmen!)

Vorsitzender: Wir machen das so, dass jeder, der gefragt worden ist, zu Wort kommt. Wenn dann die Abgeordneten noch erhellende Bemerkungen nachschieben wollen, können sie das anschließend tun.

Herr **Hertwig**: Dann noch ein Satz zum Thema „Straftaten“. Die Vertreterin des Netzwerkes hatte ja darauf hingewiesen, dass man nicht alles allein mit Repressionen machen kann. Das gilt insbesondere für die NPD; denn was die Nationaldemokraten anbe-

trifft, spielt die Begehung von Straftaten eine sehr untergeordnete Rolle. Die Straftaten, die im rechtsextremistischen Bereich begangen werden, kommen ganz anderswoher. Auch das muss man festhalten.

Dann ist nach der Intellektualisierung an Hochschulen gefragt worden. Bundesweit gesehen, so würde ich sagen, spielt der Nationaldemokratische Hochschulbund eine äußerst marginale Rolle. Wenn wir von Intellektualisierung im Rechtsextremismus reden, dann bezieht der sich in der Regel nicht auf das akademische Feld, wobei man allerdings hinzufügen muss: Im wissenschaftlichen Apparat der Landtagsfraktion in Sachsen gibt es durchaus Personen, die man als Intellektuelle bezeichnen kann.

Zum Thema „Burschenschaften“ möchte ich nichts weiter sagen, weil das etwas sehr Lokales, allenfalls Regionales ist. Da ist Herr Dr. Eisvogel vielleicht eher der Ansprechpartner.

Die „Junge Freiheit“ ist erwähnt worden, die als Blatt auf Bundesebene nicht als rechtsextremistisch qualifiziert wird. Sie ist eher rechtskonservativ, aber aus unserer Sicht nicht über die Grenze hinweg, wenn sie auch in der Vergangenheit hin und wieder Personen hat zu Wort kommen lassen, die auch rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Aber sie spielt in der Szene als ein Träger dieses für uns interessanten Gedankengutes keine Rolle.

Herr **Dr. Eisvogel**: Dann mache ich weiter. Ich fange mit dem letzten Thema an, nämlich mit der Frage, was für Gründe es geben mag, dass es in Hessen nicht so gelungen ist, bundesweite Märsche der NPD zu organisieren, dass es nicht gelungen ist, Leute wie Voigt und Worch zu Auftritten in Hessen zu bewegen. Das hat weniger etwas damit zu tun, dass das nicht gewollt gewesen wäre oder es irgendwelche Widerstandshandlungen aus dem demokratischen Spektrum hätte geben können, sondern das hängt an dem Spannungsverhältnis zwischen dem Landesverband der NPD in Hessen und dem Bundesverband.

Sie müssen ganz einfach sehen: Wenn eine Partei versucht, in einem solchen Umfang neonazistische Strukturen bei sich einzubinden, indem sie Kameradschaften mit aufnimmt, kraftvolle Kameradschaften wie die Kameradschaft Bergstraße oder die Kameradschaft von Wöll, dann entsteht dadurch ein Spannungsfeld. Das geht nicht ohne Reibereien. In manchen entlädt sich dann der Ärger innerhalb des Landesverbandes. Das war unlängst in Niedersachsen so – das weiß Herr Hertwig aber besser als ich –, wo es einen offenen Machtkampf um die Position des Landesvorsitzenden zwischen Neonazis und etablierten NPD-Kadern gegeben hat.

In Hessen ist es vielmehr so, dass es ein zwiespältiges Verhältnis zwischen dem Bundesvorsitzenden Voigt und dem Landesvorsitzenden Wöll gibt. Zuweilen habe ich den Eindruck – aber das mag täuschen; auch dazu weiß Herr Hertwig vielleicht mehr –, dass es Herrn Voigt gar nicht so unlieb wäre, wenn Herr Wöll nicht allzu viel Erfolg hätte, weil er ihn durchaus auch als Konkurrenten sieht.

Zum Thema Einflussnahme durch deutsche Burschenschaften insbesondere in Hessen auf die NPD und umgekehrt muss ich sagen, dass wir dieses Thema schon seit Jahren intensiv begleiten, auch einige Burschenschaften diesbezüglich im Blickfeld haben. Einige sind benannt worden: Rheinfranken in Marburg, in Gießen ähnliche Burschen-

schaften. Aber lediglich bei einer einzigen Burschenschaft sind wir wirklich zu dem Ergebnis gekommen, sie als Beobachtungsobjekt aufzunehmen, weil sich die tatsächlichen Anhaltspunkte so weit verdichtet haben, dass wir das rechtfertigen konnten. Das war die heute schon genannte Dresdensia-Rugia.

Wir haben zurzeit nicht den Eindruck, dass es zu einer besonders intensiven Zusammenarbeit zwischen NPD-Leuten Hessens und diesen Burschenschaftlern kommt, insbesondere deswegen, weil Wöll – ich habe das eben geschildert – ganz anders ausgerichtet ist. Wölls Ziel ist es, eine Kooperation zwischen Leuten, die auf der Straße die NPD präsent machen können, bis hin zu den etablierten NPD-Kadern zu erzeugen.

Eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus in dem Sinne, dass er gezielt auf Studenten und Hochschulbünde zugeht, können wir im Moment nicht feststellen.

Dann bin ich ganz gezielt zu der Situation im Rhein-Neckar-Raum gefragt worden. Dazu kann ich sagen, dass wir in der Tat besorgt sind über den Rhein-Neckar-Raum, weil sich auch hier eine sehr intensive Kooperation zwischen Neonazi-Kameradschaften und der NPD abzeichnet. Es gibt da ein übergeordnetes Bündnis, das Aktionsbüro Rhein-Neckar, das aus verschiedenen Bundesländern stammende Kameradschaften miteinander vernetzt und das eine sehr intensive Kooperation mit der NPD eingegangen ist, unter anderem auch beflügelt oder beschleunigt durch Wölls Standing als früherer Chef der Freien Nationalisten Rhein-Main. Da hatte er auch schon enge Kontakte dorthin.

Wir stellen das fest mit Blick auf die Demonstrationspotenziale, die sich da entwickeln, auch mit Blick auf die Landtagswahl; aber wir sehen zurzeit nicht eine besondere intellektuelle Vernetzung oder eine besondere Intellektualisierung des Rechtsextremismus heranwachsen, und zwar aus den Gründen, die ich eben schon einmal angeführt habe.

Wölls Strategie ist nach unserer Einschätzung die, ganz konkret bei lokalen Themen einzusetzen und eine ganze platte, teilweise populistische Politik zu betreiben, den Leuten, von denen er glaubt, dass sie im demokratischen Spektrum die Mehrheit zu einem Thema stellen, nach dem Mund zu reden, eine entsprechende Propaganda aufzusetzen, eine Mehrheitsmeinung zu produzieren und sich als Spitze, als Anwalt dieser Meinung nach vorn zu drängen. Das macht er dann im Internet mit seiner Nachrichtensendung, das macht er auf der Straße, das macht er durch Flugblätter, das macht er durch diverse andere Möglichkeiten, sich zu artikulieren.

Ich sehe auch durchaus die Möglichkeit, dass man gezielt bestimmte Jugendliche anspricht, um sie für eine Mitarbeit in der NPD zu gewinnen. Aber dass es zu einem Ansprechen von parlamentarisch Verantwortlichen oder irgendwelchen anderen Parteiangehörigen kommt, das ist bislang nicht beobachtet worden.

Jetzt bin ich ein wenig ratlos, ob ich eine Frage vergessen haben könnte. Wenn ja, bitte ich um Protest.

Herr **Rexroth**: Zu der Frage nach den politisch Verantwortlichen: Nach meinem Eindruck ist es in der Tat so gewesen, dass, wo die rechte Szene aktiv war, die politisch Verantwortlichen sich doch relativ schnell positioniert haben – das ist eine Frage der Interpretation – und dann sehr konsequent gewesen sind. Wenn ich an Butzbach denke, so war es am Anfang etwas schwierig; aber dann hat sich der Bürgermeister doch

sehr intensiv auf allen Ebenen und in allen Gremien aktiv gezeigt. Gladenbach, Kirdorf, Bergstraße: Überall hat sich die Verwaltungsspitze sehr aktiv gezeigt.

Es trifft sicher zu, dass die Parteien in ihrer lokalen Auseinandersetzung oftmals Hemmschuhe haben, beispielsweise bei der Bildung von Bürgerinitiativen. In Butzbach hat man fast drei Jahre gebraucht, eine Bürgerinitiative für ganz Butzbach hinzubekommen. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die jeweiligen politischen Konzepte nicht in Einklang zu bringen waren.

Dann zur nächsten Frage! Möglicherweise habe ich da einen Widerspruch formuliert. Ich sehe ihn nur nicht. Was ich ausdrücken wollte, ist ganz einfach: Wichtig bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sind zwei Dinge, und zwar einmal, dass die existenten Strukturen nicht einfach additiv durch neue Strukturen ergänzt werden, sondern in ihrer Aufgabenstellung, die sich auf das Thema bezieht, auch gestärkt werden. Das bedeutet ganz banal: Wenn ein örtliches Jugendzentrum mit dem Thema „rechte Jugendgruppen“ konfrontiert ist, dann empfiehlt es sich nicht, den Laden dicht zu machen, sondern den Sozialarbeiter zu stärken, dass er seine Arbeit in der Auseinandersetzung machen kann. Das ist ein wichtiger Punkt, auch langfristig.

Wir sind sehr dankbar dafür, dass wir nicht von Jahr zu Jahr begründen müssen, warum es das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen“ gibt. Dann haben Sie nämlich immer die Gefahr, dass Sie Facts produzieren, damit der ganze Laden weiterläuft, und so können wir kontinuierlich an der Sache arbeiten. Das ist ein ganz wesentliches Element. Wenn Sie mit Gruppierungen auf verschiedenen Ebenen diskutieren, dann sehen die genau das Problem.

Zum ländlichen Raum! Ich glaube, das hat etwas damit zu tun, dass das Angebot an Freizeitaktivitäten professioneller Art auch eingeschränkter ist als in großen Städten. Es hat aber auch, wenn Sie sich die Wetterau anschauen, etwas damit zu tun, dass diese Regionen von ihrer ganzen Tradition her doch teilweise von sehr konservativen Strukturen geprägt sind und es oftmals viel leichter ist, dort an Befindlichkeiten anzuknüpfen. Wer sich in Darmstadt in der Wirtschaft treffen will, muss damit rechnen, dass er drei Tage später rausfliegt. Das ist im ländlichen Raum nicht der Fall. So banal sieht das aus. Deshalb ist diese Strategie da natürlich auch gegeben.

Zu unserer Ausstattung müsste ich zwei Aussagen machen: Die Geschäftsstelle ist besetzt mit zwei hauptamtlichen Mitarbeitern. Zugeordnet ist noch ein Mitarbeiter eines Staatlichen Schulamtes und von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt auf der operationellen Ebene. Das Konzept heißt aber nicht, dass wir von Wiesbaden aus die ganze Arbeit machen, sondern genau das greift Platz, was ich vorhin zu erläutern versucht habe.

Wir arbeiten beispielsweise sehr eng mit den jeweiligen örtlichen Staatsschutzdienststellen oder Jugendkoordinatoren der Polizei oder Spezialarbeitsgruppen zusammen, also AGGAS, AG Gewalt an Schulen, SMOG, Netzwerk gegen Gewalt, und wie die Gruppierungen alle heißen. Wir arbeiten zusammen mit den Staatlichen Schulämtern und den Jugendstaatsanwälten vor Ort und den Jugendgerichtshelfern.

Im konkreten Fall des Ausstiegs heißt das – so kann man es vielleicht einmal deutlich machen –: Ein Jugendlicher will aussteigen. Der Staatsschutzbeamte sagt: Guckt euch den mal an, ob er aufgrund seines Persönlichkeitsprofils überhaupt in der Lage ist, den Ausstiegsprozess zu gestalten. Wir schauen uns den drei- oder viermal an und spre-

chen mit ihm. Dann übergeben wir ihn an die entsprechende Stelle. Ist das also jemand, der eine Arbeitsstelle braucht, dann müssen wir das nicht tun. Dann können das die örtliche Arbeitsverwaltung oder die entsprechenden Stellen oder der Jugendgerichtshelfer tun. Das heißt: Wir haben ein System des vernetzten Denkens und auch Handelns. Aber die Ausgangsbasis ist die, die ich Ihnen jetzt genannt habe.

Abg. **Ruth Wagner (Darmstadt)**: Wenn ich das wiederholen darf: Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass es Sympathien aus der Mitte heraus für solche Gruppierungen gibt? Denn es war die Aussage von Herrn Eisvogel: Es ist zu erwarten, dass versucht wird, vor der Landtagswahl in die Mitte vorzudringen. Was heißt das? Das ist mir nicht klar.

Herr **Rexroth**: Wenn ich kurz etwas dazu sagen darf! Man kann das zum Beispiel mit Rheinland-Pfalz vergleichen: In Rheinland-Pfalz wird eine Aktivität gestartet, dass wohl analog zu den „Schulhof-CDs“ eine Schülerzeitung verteilt wird, die „Schinderhannes“ heißt. Ich gehe davon aus – völlig unfundiert, aber von der Arbeitserfahrung her –, dass 10.000 Exemplare gedruckt und an der Schule verteilt werden. Überall sind Mahnwachen oder Informationsstände angemeldet. Man wird versuchen, dort aktiv zu sein. Aber man muss immer wieder hinschauen – das möchte ich wirklich betonen –: Wie groß ist denn wirklich die Resonanz? Ich habe vorhin schon gesagt: Zwölf Leute waren jetzt in Wiesbaden dabei. Und die Resonanz ist dann von der Tendenz her gegen Null. Das muss man natürlich sehen.

Herr **Vogel**: An uns war die Frage gestellt worden, wie wir als Verein ausgestattet sind. Das kann ich sehr schnell beantworten: im Prinzip gar nicht. Wir finanzieren ein Büro aus unseren Privatmitteln, kriegen einen Zuschuss zu den anfallenden Kopierkosten von etwa 10 € im Monat vom DGB. Die Fahrt hierher kann ich auch nirgends abrechnen. Es ist also schon viel ehrenamtliches Engagement dabei.

Ich wurde gefragt, ob der Ansatz der mobilen Beratung etwas für ganz Hessen wäre. Ich halte das Konzept für sehr sinnvoll und, wie man in Ostdeutschland sieht, auch für erfolgreich. Ich könnte es allerdings nicht unter den Bedingungen wirklich weiterempfehlen, wie wir das machen.

Um nicht missverstanden zu werden: Wir sind keine Streetworker. Wir gehen nirgends hin, um ein Problem zu lösen, sondern gehen irgendwohin, um die Menschen zu unterstützen, dass sie die Probleme, die sie vor Ort sehen, selber lösen. Das ist also praktische Hilfe zur Selbsthilfe. Dabei geht es nicht nur um junge Menschen, sondern um Sozialarbeiter, Lehrer, öffentliche Verwaltung, ein Dorf – es kann also alles Mögliche sein.

Beim Thema „Positionierung“ bin ich möglicherweise missverstanden worden: Wir sehen ein großes Problem darin, dass viele Leute sich nicht trauen, das Problem öffentlich zu machen. Sie wenden sich an uns mit der Bitte um Stillschweigen: Bloß nicht in die Presse kommen! Bloß nicht öffentlich zugeben müssen, dass es vor Ort ein Problem gibt! Oder die Leute werden unter Druck gesetzt, das Thema nicht öffentlich zu machen. So war das mit der Positionierung in der Hauptsache gemeint.

Frau **Willmann**: Kurz zum Verhältnis von schulischer und außerschulischer Jugendbildungsarbeit: Das macht in dem Themenspektrum natürlich absolut Sinn. Dabei fällt mir zunehmend auf, dass wir mit unseren Projekttagen Aufgaben übernehmen, die eigentlich die Institution Schule selber leisten müsste, nämlich einen Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten. Ich habe den Eindruck, dass in der politischen Bildung nicht mehr unbedingt etwas passiert, sondern dass dort bloß noch Institutionenkunde vermittelt wird und dass deswegen andere Institutionen diese Aufgabe übernehmen müssen, wenn zum Beispiel das Elternhaus diesen Beitrag auch nicht mehr leisten kann.

Vorsitzender: Mir liegen keine weiteren Fragen mehr vor. Ich darf mich sehr herzlich bei unseren heutigen Gästen bedanken und schließe damit diesen Punkt ab.

Wiesbaden, 4. Juni 2007

Für die Protokollierung:

Heike Thaumüller

Der Vorsitzende:



Horst Klee